



Köln, Keupstraße 2006

Von der „Parallelgesellschaft“ zum „Index zur Messung von Integration“

Opportunistische Wissenschaft

Expertise der Forschungsstelle für
interkulturelle Studien (FiSt)
der Universität zu Köln

Verfasser: **Wolf-Dietrich Bukow**
Melanie Behrens

Impressum:
Herausgeber:
Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen Migranten-
vertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstraße 28,
40215 Düsseldorf
Telefon 0211/99 416-0
Fax 0211/99 41615
August 2009

Erstellt von:
Forschungsstelle für interkulturelle
Studien (FiSt)
der Universität zu Köln,
Gronewaldstr. 2,
50931 Köln
Verfasser: Wolf-Dietrich Bukow,
Melanie Behrens

Sämtliche Nachdrucke oder sonstige
inhaltliche Wiedergaben der Experti-
se – auch in Auszügen – bedürfen
der ausdrücklichen Genehmigung
der Verfasser.

Druck:
 Druckhaus Süd, Köln
Fotos:
 www.arbeiterfotografie.com

Inhalt

Vorwort	3
Von der Parallelgesellschaft zum Index zur Messung von Integration	5
1. Zur ersten Orientierung	5
2. Die wichtigsten Kritikpunkte ...	10
3. Statistisches Vorgehen und Gruppenbildung	16
4. Der „Index zur Messung von Integration (IMI)“	19
5. Zu den Ergebnissen der Studie	29
6. Zusammenfassung	36
7. Literaturverzeichnis	37

Die Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) wird
mit Mitteln des Ministeriums für
Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes NRW gefördert.

Vorwort

Als im Januar 2009 die Studie „Ungenutzte Potentiale“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, reagierten wir bei der LAGA NRW nach anfänglicher Empörung mit Gelassenheit darauf, weil uns die kurze „Halbwertszeit“ der Studie klar war, obwohl die bundesweite Aufregung zunächst etwas anderes vermuten ließ. Ich möchte auf die Details nicht eingehen, weshalb wir davon überzeugt waren, dass die Studie „Ungenutzte Potentiale“ schnell aus der öffentlichen Debatte über die Integration verschwinden wird. Anstelle dessen empfehle ich die Lektüre der Expertise von Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow und seiner Mitarbeiterin Melanie Behrens, die unsere Kritik an den augenfälligen Mängeln und Unzulänglichkeiten der Studie widergibt.

Die Autoren beleuchten darüber hinaus den Hintergrund der aus unserer Sicht umstrittenen Aussagen in der Studie und hinterfragen kritisch deren gesellschaftlich-politische Wirkung. Ich möchte mich an dieser Stelle für die überzeugende Arbeit der Autoren bedanken, die uns mit ihrem wertvollen Beitrag bei der Begegnung und Beseitigung von Vorurteilen über Migranten unterstützen.

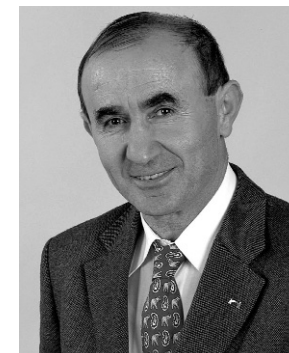
Ich möchte aber an dieser Stelle kurz auf den Grund eingehen, weshalb wir uns entschlossen haben, die vorliegende „Gegenexpertise“ zu veröffentlichen, obwohl wir den Aussagen der Studie nur ein geringes Erklärungsgewicht beimessen.

Der Grund hierfür ist der seit einiger Zeit zu vernehmende harsche, neue Ton in der Integrationsdebatte, der durch die Studie „Ungenutzte Potentiale“ verstärkt wird

und ein schiefes, undifferenziertes Bild von Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft fixiert, der nicht kommentarlos hingenommen werden kann.

Außerdem wird der „Integrationswille“ bzw. die „Integrationsfähigkeit“ einer bestimmten Ethnie in Frage gestellt. Ein geläufiges Schema in der Diskussion über die Integration ist die Fokussierung auf die „Defizite“ der Migranten: Während in einem ersten Schritt die „Integrationsdefizite“ der Migranten diagnostiziert werden, verlangt man von ihnen im zweiten Schritt sich endlich in der Mehrheitsgesellschaft zu assimilieren. Ich glaube, dass man mit Fug und Recht von wissenschaftlichen Untersuchungen die Aufdeckung von Vorurteilen und Beleuchtung von gesellschaftlichen Realitäten erwarten kann statt der Übernahme und der Verstärkung von Ressentiments und Voreingenommenheit.

Wir sind zwar in dieser öffentlichen Debatte über Migranten daran gewöhnt, häufiger undifferenzierte, pauschale Vorurteile und Stereotypzuschreibungen zu begegnen, aber hier kann von einer neuen Qualität gesprochen werden, wenn man die Türken pauschal als Versager der Integration darstellt, wie dies in der Studie der Fall ist. Unser Bemühen aber, den Blick auf die seit Jahrzehnten bestehenden strukturellen Benachteiligungen zu lenken, findet entweder keine bzw. wenig Resonanz oder



es wird nur lapidar zur Kenntnis genommen.

Ein plausibles Beispiel hierfür ist die Bildungssituation der Migrantenschüler, die laut allen ernst zu nehmenden nationalen wie internationalen Untersuchungen im bestehenden dreigliedrigen Schulsystem eine erheblich schlechtere Chance als ihre einheimischen Schulkameraden haben. Obwohl diese systembedingte Benachteiligung seit vielen Jahren bekannt ist, weigert sich die Politik auf die vielversprechenden Lösungen einzugehen und hält am bestehenden obsoleten Schulsystem fest.

Dass nicht wenige Migrant*innen beim Übergang Schule-Beruf allein wegen ihres schlechten Schulzeugnisses nur eine bescheidene Chance bei der Ausbildungssuche haben, versteht sich von selbst und verwundert eigentlich nicht. Dennoch muss die Frage erlaubt sein, weswegen die türkischen Akademikerinnen und Akademiker mit dem Abschluss einer deutschen Hochschule im Vergleich zu den deutschen Absolventen nur geringe Chance haben, eine passende Arbeitsstelle zu finden und deshalb im Land ihrer Eltern bei türkischen Unternehmen arbeiten müssen. Hier greifen die gängigen Erklärungsmuster von „Integrationsunwille“ oder „geringer Qualifizierung“ nicht mehr und müssen dringend überdacht werden.

Weil gerade den Migrant*innen und Migrant*innen türkischer Herkunft in der Studie „Integrationsunwille“ unterstellt wird, muss bemerkt werden, dass es gerade Angehöriger türkischer Ethnie besonders schwer haben, hier Fuß zu fassen. Gerade

auf der Ebene der rechtlichen Gleichstellung ist auffällig, dass sie von allen Wahlen ausgeschlossen sind und nicht wie die EU-Bürger an den Europa- und Kommunalwahlen partizipieren können.

Auch die Möglichkeit zur Einbürgerung entwickelte sich nach der großen Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes im Jahr 2000 gerade für diese Migrantengruppe nachteilig, weil es sie von der Möglichkeit der Einbürgerung bei der Beibehaltung des Herkunftspasses ausschließt. Wenn man bedenkt, dass über 55 % aller Einbürgerungen unter der Hinnahme von Mehrstaatlichkeit stattfindet, ist es unverständlich, weshalb gerade die zahlenmäßig größte Migrantengruppe davon keinen Gebrauch machen kann.

Ich bin davon überzeugt, dass durch Beseitigung von hier nur exemplarisch erwähnten politisch-gesellschaftlichen Integrationshemmnissen vielen Migrant*innen und Migrant*innen die Integration erleichtert wird und dass wir dann große Erfolge erreichen können.

Nur wenn die Rahmenbedingungen zur Integration für alle gleich sind, kann ein Vergleich unter den Migrant*innen angestellt werden. Wofür er gut sein soll, müssen uns diejenigen erklären, die solch eine Studie in Auftrag geben.

Ihr Tayfun Keltek



Tayfun Keltek,
Vorsitzender der LAGA NRW

Wolf-Dietrich Bukow, Melanie Behrens Von der „Parallelgesellschaft“ zum „Index zur Messung von Integration“. Opportunistische Wissenschaft.

Das Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung, das sich selbst als unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut beschreibt, veröffentlichte zu Beginn des Jahres 2009 eine Studie mit dem Titel „*Un-genutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*“. Die Integrationsstudie des Berliner Instituts für Bevölkerung und Entwicklung hat in der Öffentlichkeit nicht nur eine erhebliche Aufmerksamkeit erhalten, sondern auch viel Zustimmung erfahren.

Dabei werden immer wieder zwei Punkte gelobt: Es werde endlich die Integration des „Ausländers“ bzw. „Zuwanderers“¹ nüchtern bilanziert und es werde ein interessantes Instrument zur Messung der Integration vorgelegt. Eine genauere Analyse der Studie zeigt jedoch: Mit dieser Einschätzung wird man zwar dem Anspruch der Studie gerecht, nicht aber der gesellschaftlichen Situation. Im Gegenteil, die Studie erschwert das Zusammenleben zwischen Eingewanderten und Alteingesessenen, und leistet der „Integration“, wie man

sie auch immer verstehen mag, einen Bärendienst.

1. ZUR ERSTEN ORIENTIERUNG

1.1 DIE INSTITUTION „BERLINER INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG“

Bei den Autor*innen der Studie handelt es sich um einen diplomierten Chemiker, der über makromolekulare DNS-Strukturen promovierte und Leiter des Instituts für Bevölkerungswissenschaften ist.

Auch die anderen Mitarbeiter*innen zeichnen sich nicht durch besonderes Fachwissen im Bereich Migration und/oder Integration aus. Beteiligt waren, neben Klingholz, eine Geografin, ein Sozialwissenschaftler mit den Schwerpunkten Bevölkerungswissenschaft und Bildungssoziologie, sowie eine Politikwissenschaftlerin, die sich schwerpunktmäßig mit Entwicklungspolitik und Demografie beschäftigt hat (vgl. Internetpräsenz, letzter Zugriff am 05.05.2009).

Von Fachkolleg*innen kann somit unter wissenschaftlichen und wissenschafts-

1 In der Studie wird in der Regel vom „Ausländer“ (über 30 Mal) oder, wenn er einen deutschen Pass hat, vom „Zuwanderer“ (ca. 25 Mal) gesprochen. Nur ganz selten wird auf den international gebräuchlichen Begriff „Einwanderer“ (3 Mal, wo es um die Kinder und Enkel der Einwanderer geht) zurückgegriffen. Gelegentlich wird auch, wo es um Statistiken geht, vom „Migrant*innen“ bzw. der „Migrant*innenfamilie“ gesprochen. Diese Wortwahl ist kein Zufall, gab es doch in den letzten Jahren immer wieder Debatten darüber. Sie dient heute ganz eindeutig der Positionierung. Das Phänomen der Einwanderung ist im Weltbild der Studie noch nicht angekommen.

ethischen Gesichtspunkten nicht die Rede sein, was schnell zu einem Problem wird. Dieses für eine Integrationsstudie falsche Expertenwissen schlägt sich in der Studie „*Ungenutzte Potenziale*“ des Berliner Instituts deutlich nieder. Statt auf Fachwissen bezieht man sich auf den Common Sense und massenmediale Diskurse über Migration und Zuwanderung. Die sozialwissenschaftliche Debatte, die seit Jahrzehnten geführt wird, findet jedoch fast keinen Einbezug. Ihrem formulierten Anspruch, sich darauf zu konzentrieren, „(...) *wissenschaftliche Erkenntnisse aufzubereiten und zu verbreiten sowie Konzepte zur Lösung demografischer Probleme zu erarbeiten*“ (vgl. Internetpräsenz, letzter Zugriff 05.05.2009), wird das Berliner Institut im Rahmen der zitierten Studie an keiner Stelle wirklich gerecht. Stattdessen gerät die von ihnen geforderte „vorurteilsfreie Debatte über Integration“ (5), die sie mit dieser Studie vorzulegen gedenken, zu einem hochgradig ideologisch aufgeladenen und polemisch formulierten Statement, das mittels statistischer Daten belegt werden soll und zur Bestätigung ihrer Ergebnisse wiederholt auf den eigens entwickelten „*Index zur Messung von Integration (IMI)*“ verweist.

1.2 DIE STUDIE, EIN DOKUMENT DES ZEIT-GEISTES

Bis heute gibt es in Deutschland eine starke Tradition, die jede Form der Einwanderung ablehnt. Diese Tradition dominierte bis vor wenigen Jahren das öffentliche Bewusstsein und verhinderte, dass es zu einer modernen Einwanderungspolitik kam. Damit wurde zwar Migration und Mobilität nicht verhindert, da ja gezielt Menschen angeworben

wurden und die Bundesrepublik sich dem globalen Trend auch in dieser Hinsicht nicht entziehen konnte. Allerdings hat man es geschafft, Migration nachhaltig zu problematisieren und zu skandalisieren. Auf dieses Problem wurde innerhalb der Forschung schon früh hingewiesen und gefordert, die neuen Bevölkerungsgruppen nicht auszugrenzen, sondern umgekehrt, sie in dem Bemühen, in der Gesellschaft erfolgreich Fuß zu fassen, zu unterstützen. Aufgenommen wurde diese Forderung von der Zivilgesellschaft, nicht jedoch von den entscheidenden gesellschaftlichen Kräften. Dabei blieb es bis zur Verabschiedung des sog. neuen Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005, welches sich allerdings noch immer nicht zu einem klaren Bekenntnis zur modernen Mobilität durchringen konnte. Die aktuelle Integrationsdebatte und insbesondere die Forderung nach Deutsch als Zweitsprache knüpfen an die in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts begonnene und dann 45 Jahre unterbrochene Debatte wieder an und sind überhaupt nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Inzwischen hat sich freilich die Migration weltweit verändert, intensiviert, globalisiert und transnationalisiert. Es reicht also nicht aus, die alten Debatten wieder aufzunehmen. Sie müssen neu konzipiert werden: Die Phänomene, Probleme und Herausforderungen stellen sich heute anders dar als damals und verlangen eine neue Politik. Einerseits bedarf es, positiv formuliert, einer Politik der Gleichstellung, Anerkennung und Partizipation und andererseits braucht es, negativ formuliert, Antidiskriminierungsmaßnahmen.

Wenn man sich nun mit einer wissenschaftlichen Untersuchung außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses öffentlich aus-

einandersetzt, so müssen dafür gute Gründe vorliegen. Der erste Grund ist natürlich, dass das Institut sich nach der Fertigstellung der Studie damit selbst ganz gezielt an die breite Öffentlichkeit gewandt und gar nicht erst interne wissenschaftliche Kritik abgewartet hat. Wer sie kritisieren will, muss die Debatte in der Folge zwangsläufig öffentlich führen. Der zweite Grund ist, dass die Untersuchung mit einem ungewöhnlich hohen Anspruch in einem noch dazu sehr sensiblen gesellschaftlichen Bereich auftritt: Sie will nicht mehr und nicht weniger als einen

„*Index zur Messung von Integration*“² (5) erstellen, von dem sie selbst sagt, dass er eine Lösung für eine seit über vierzig Jahren ungelöste gesellschaftliche Entwicklung biete. Der dritte Grund ist schließlich, dass in der Untersuchung eine Position vertreten wird, die aus der Sicht informierter Sozialforschung, gelinde gesagt, problematisch erscheint. Die Studie geht nicht nur mit einer für eine wissenschaftliche Arbeit ungewöhnlichen Polemik vor, sie schreckt auch nicht vor populistischen Argumenten und seit Jahrzehnten kritisierten Vorurteilen zurück und leistet damit der Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen noch Vorschub.



Es ist daher wichtig, sich einleitend mit den drei angeführten Punkten noch etwas genauer zu befassen, bevor einige Teile der Untersuchung direkt diskutiert werden.

a) Viele Untersuchungen sind in den letzten Jahren sehr schnell nach ihrem Abschluss in der Öffentlichkeit publik gemacht worden, besonders, weil es oft darum geht, gezielt Forschungsgelder einzuwerben. Diese lassen sich insbesondere in politisch relevanten Bereichen durch das Andienen von Dienstleistungen gewinnen. Gerade die ehemalige sog. Ausländerforschung und die heutige Migrationsforschung sind dadurch immer wieder in die Gefahr geraten, sich mit Projekten und Forschungen

² Sämtliche Zitate, die aus der Studie des Berliner Instituts stammen, sind zur leichteren Unterscheidbarkeit des Originaltexts in Anführungszeichen und kursiv gesetzt.

den jeweiligen dominierenden politischen Richtungen anzudienen. Die vorliegende Studie erweckt den Eindruck, als ginge es ihr vor allem darum, für die Integration des „Ausländers“ (6) ein neues und begründetes Messinstrument anzubieten. Damit wird die Stimmung in den politischen Instanzen der Städte und Gemeinden exakt getroffen, weil man dort zurzeit an Integrationsplänen arbeitet und dabei ein solches Instrument durchaus attraktiv erscheinen mag.³ Hier gilt es, nach all den Erfahrungen genau hinzuschauen, zumal vom Berliner Institut etwas angeboten wird, das so in der gesamten internationalen Migrationsforschung bislang nicht vorgelegt wurde. Der Verdacht liegt nahe, dass das seine Gründe hat.

b) Die Befassung mit Migrations- und Integrationsfragen ist in den letzten Jahren in Mode gekommen und hat manche Wissenschaftler/innen und Expert/innen dazu verleitet, sich auch ohne spezifische Fachkenntnisse zu Wort zu melden. Dabei war man sich nicht immer der Verantwortung bewusst, die diese Thematik aufwirft, ist oft allzu sorglos vorgegangen und hat eher den Zeitgeist bedient als der Sache selbst gedient. Es ist daher wichtig, dass die Migrationsforschung in entsprechenden Fällen nachhaltig interveniert. Die Studie des Berliner Instituts muss sich folglich daran messen lassen, ob sie dem Zeitgeist, insbesondere dem von gestern folgt, oder ob sie sich wissenschaftlich auf der Höhe der Debatte

befindet. Wenn man sich anschaut, wie sie sich innerhalb des politischen Spektrums zu platzieren versucht (4), erkennt man sofort, dass es ihr nicht gelungen ist, sich jenseits des Zeitgeistes – wie auch immer man ihn beurteilen mag – d.h. im Kontext der modernen Forschung, zu positionieren. Das Berliner Institut tritt zudem auch noch mit einem hohen Anspruch auf, eine „nüchterne Integrationsdebatte“ (4) zu führen, so als ob es bislang noch keine gegeben habe. Damit werden einerseits neue Maßstäbe versprochen, es werden aber andererseits auch die bisherigen wissenschaftlichen wie öffentlichen Debatten massiv kritisiert. Es wird unterstellt, man habe sich bislang einer nüchternen Debatte verweigert und hätte sich Illusionen hingegeben. Das zwingt die Migrationsforschung selbstverständlich, sich mit der Studie detailliert auseinanderzusetzen.

c) Wer sich Fragen zuwendet, die stark politisch debattiert sind – und um solche geht es hier ja –, der wird immer mal wieder auch auf Polemik und Populismus stoßen. Man kann das sicherlich akzeptieren, solange es sich in Grenzen hält und die Sache, um die es geht, dabei keinen Schaden nimmt. Aber in der vorliegenden Studie drängt sich nicht nur der Verdacht auf, dass hier handwerkliche Fehler unterlaufen sind, sondern dass darüber hinaus einer ganz bestimmten politischen Richtung gezielt das Wort geredet wird und damit der Boden wissenschaftlicher Redlichkeit verlassen

wird. Da geht es nicht mehr darum, dass ein Institut zu sorglos Daten interpretiert, hier geht es darum, dass ein Institut, dessen Leiter ein Makromolekularchemiker⁴ ist, der sich über DNS-Strukturen qualifiziert hat, offenbar ein nationalistisch aufgeäumtes Steckenpferd ohne jede fachspezifische Qualifikation zu seinem Beruf gemacht hat.⁵

Jeder einzelne Punkt wäre schon ein Grund dafür, Stellung zu beziehen und kritisch an die Öffentlichkeit zu treten. Alle drei Punkte zusammengekommen sind reichlich Anlass dafür, die Dinge anzugehen, Stellung zu beziehen und deutlich an die Öffentlichkeit zu treten. Dies ist man nicht nur der *community of scientists* schuldig, sondern vor allem auch den untersuchten Bevölkerungsgruppen, den „meisten Türkischstämmigen“, einem „Großteil der Afrikaner“ sowie den „bildungsschwachen Menschen“ aus dem „Nahen und Fernen Osten“. Ihnen wird in der Studie eine „nachholende Integration“ verschrieben, damit sie die „Bildungskultur der einheimischen Mittelschicht“ (82) erreichen. Zu diesen fremden und vormodernen Herkunftsgruppen müssen nach Meinung des Instituts überhaupt erst einmal Anknüpfungspunkte geschaffen werden, was bei-

spielsweise durch die Überwindung der „fremden Religionszugehörigkeit“ erreicht werden soll (4, 10, 82).⁶

All dies hat zwar wenig mit sechzig Jahren deutschem Grundgesetz zu tun, es fügt sich aber dafür umso besser in die Tradition des Heidelberger Manifest von 1981 ein und liefert Argumente, wie sie von solchen Parteien wie Pro-Köln oder Pro-NRW nur zu gerne aufgegriffen werden. Mit anderen Worten, eine solche nationalistisch imprägnierte Studie⁷ fördert die rassistische Position der Neuen Rechten. Die Studie bestätigt deren Position sogar bis in einzelne Formulierungen hinein, wenn ausdrücklich „Reizbegriffe“ wie „Moscheenstreit“, „Ausländerkriminalität“, „illegale Zuwanderung“, „Ehrenmord“, „Zwangsheirat“, „Kopftuchverbot“ (4) zu Indizien einer Problemlage gemacht werden. Es sind genau diese Begrifflichkeiten, die im Szenarium der Neuen Rechten verwendet werden, um die Einwanderungssituation zu skandalisieren. In der Studie werden diese Formulierungen zwar einerseits als „nicht objektiv“ relativiert, andererseits aber ausdrücklich als „untrüglich“ bezeichnet und dabei auf „15 Millionen Menschen aus anderen Ländern und deren Nachkommen der zweiten und dritten Generation“ (4) ausgedehnt.

5 Die Studie erinnert in ihrem Selbstanspruch und ihrer Polemik an das Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981. Damals wollten ebenfalls fachfremde deutsche Hochschulprofessoren, vor der „Unterwanderung des deutschen Volkes“ und der „Überfremdung“ der deutschen Sprache, der Kultur und des „Volkstums“ warnen. Erstmals nach 1945 erhielten damit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder eine „wissenschaftliche Weihe“ (Bukow, Llyayora 1993).

6 Heute spricht man nicht mehr von „Rasse“, sondern von der fremden Kultur und der fremden Religion, der dahinter stehende Prozess ist aber sehr ähnlich: Man schreibt willkürlich zu und wertet gleichzeitig die Zuschreibung als minderwertig ab, wodurch die eigene Position als überlegen bestätigt wird (Krüger-Potratz 2005).

7 Elisabeth Beck-Gernsheim spricht hier sehr plastisch von der Falle des Nationalismus als Folge eines mononationalen Blicks (Beck-Gernsheim 2004).

3 Nicht zufällig lautet der erste Satz der Studie überhaupt „Mit Ihrer Spende oder Zustiftung unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts“ (innere Umschlagseite).

4 Bei der Makromolekularchemie handelt es sich um die Polymer-Chemie und -Physik von den Funktionswerkstoffen, den technischen Kunststoffen, über Biopolymere und Biomaterialien bis hin zu nanoskaligen Polymersystemen für die Medizin, Elektronik oder Optik.

2. DIE WICHTIGSTEN KRITIKPUNKTE

Um deutlich zu machen, wo die eigentlichen Streitpunkte liegen und von wo aus die Kritik entwickelt wurde, werden im Folgenden zunächst einige zentrale Kritikpunkte benannt.

1. In dem Text werden die seit Jahrhunderten für alle Stadtgesellschaften nicht nur typischen, sondern sogar konstitutiven Mobilitätsprozesse ignoriert (Bade u.a. 2008; Krämer-Badoni 2001). Stattdessen konzentriert man sich allein auf die Einwanderung seit der Anwerbung der Gastarbeiter und stilisiert sie überwiegend zu einem Integrationsproblem. Dabei wird nicht nur wie selbstverständlich ignoriert, dass es Migration und Mobilität⁸ schon so lange gibt, wie es Städte gibt, sondern auch, dass die modernen Städte ausgerechnet auf diesen Prozessen basieren, ohne Migration und Mobilität also niemals entstanden und zu dem geworden wären, was sie heute sind. Migration und Mobilität haben die moderne Stadt zu einem Erfolgsmodell gemacht und der Moderne erst zum Durchbruch verholfen.

Die „klassischen“ Deutschen“ (9) und/oder „einheimischen Deutschen“ (18, 41), von denen in der Studie immer wieder die Rede ist, hat es so nie gegeben. Wenn man nach den Bedingungen gelingenden Zusammenlebens fragt, ist es zudem wenig sinnvoll, das zu problematisieren, was schon immer durch Migration und Mobilität entstand. Es sollte viel mehr umgekehrt

das, was diese basalen Prozesse stört, was also Migration und Mobilität daran hindert, sich erfolgreich zu entfalten, untersucht werden. Dementsprechend kann es nicht darum gehen, Einwander/innen zu skandalisieren: „(...)es gehe um jene, die offenkundig [noch] nicht in der neuen Heimat angekommen sind“ (4).

An Stelle dessen muss es darum gehen, spezifische Formen eines Einwanderungsregimes und des Umgangs mit Migrant/innen zu identifizieren und ggf. zu kritisieren. Man kann z.B. danach fragen, weshalb Einwander/innen aus den ehemaligen GUS-Staaten willkommen geheißen werden, während die Generation der sog. Gastarbeiter seit 1976 in faktisch jedem Wahlkampf bis heute problematisiert und skandalisiert wurde und wird. Dann lässt sich schnell erkennen, in welcher Hinsicht die Herkunft eine zentrale Rolle spielt.

2. Das urbane Zusammenleben wird in der Regel auf sozio-kulturelle Integration hin (z.B. die Identifikation mit imaginierten Leitkulturen) interpretiert, so als ob moderne Gesellschaften so etwas wie eine etwas zu groß geratene Familie darstellte, in die man sich am besten durch Einheirat integriert. Zumindest die zweite Generation sollte sich nach Ansicht der Studie um eine „Vermischung mit der Mehrheitsgesellschaft“ (7, 9, 21, 31, 44, 50, 53, 64, 68 u.ö.) bemühen. Die biculturelle Ehe mit einer bzw. einem Deutschen sei der Weg in die Normalität (36). Tatsächlich basieren moderne Gesellschaften aber, anders als Stammesgesellschaften, gerade nicht auf

einem Familienmodell, sondern, wie es Emil Durkheim bereits 1893 formulierte, auf Arbeitsteilung und einem institutionell wohl geregelten Zusammenhalt⁹.

Moderne Gesellschaften organisieren das Zusammenleben auf der Basis systemischer Inklusion, wie wir heute sagen würden (Nassehi 2006) und versuchen damit ein Optimum an formaler Gleichstellung und persönlicher Individualität sicher zu stellen. Gesellschaften basieren also gerade nicht mehr auf emotionaler Übereinstimmung oder gar Leitkulturen.

Freilich hat Emil Durkheim noch geglaubt, der Zusammenhalt müsse dann ersatzweise durch Disziplin hergestellt werden, während man in der modernen Demokratie davon ausgeht, dass der Zusammenhalt durch demokratische Willensbildung aller Gesellschaftsmitglieder gesichert wird. Deshalb muss in einer modernen Zivilgesellschaft jede/r, auch die Eingewanderten, durch Partizipation eingebunden werden.

In der Studie wird allerdings noch damit argumentiert, dass Einheirat und die Identifikation mit der deutschen Kultur, die „kulturelle Assimilation“ (7,12,13,52,82), die wichtigsten Integrationsmittel seien, da sonst die Parallelgesellschaft drohe (4,6,9,33,52,82,84,87): „93 Prozent der in Deutschland geborenen Verheirateten [Türken] führen eine Ehe mit Personen der gleichen Herkunftsgruppe. Parallelgesellschaften, die einer Angleichung der Lebensverhältnisse im Wege stehen, sind die Folge“ (9).¹⁰

3. Die moderne Gesellschaft wird in der Untersuchung nicht nur nach Art einer Familie konzipiert, sondern gleichzeitig auch noch als geschlossener Nationalstaat interpretiert, in dem eine geschlossene deutsche Kultur vorherrscht (6). Diese verträgt sich nicht mit anderen Kulturen. Deshalb wird erwartet, dass die Einwander/innen ihre Kultur aufgeben und sich assimilieren (8 f.). Das fördere auch die Beschäftigung (75). Wem das nicht gelingt, dem drohe Arbeitslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Kriminalität (15), selbst denjenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (18). Demgegenüber bleibt festzuhalten, dass Gesellschaften niemals mit Nationalstaaten identisch waren und sind. Im Gegenteil, sie leben schon immer von der Vielfalt, was übrigens die Autor/innen am Ende selbst feststellen, wenn sie der kulturellen Vielfalt ein erhebliches Innovationspotenzial zusprechen müssen (78). Nationalstaaten waren historisch ohnehin eher ein Programm mit einem hohen Aggressionspotential als gesellschaftliche Wirklichkeit. Dies bildet sich genau so auch in der vorliegenden Studie ab. Mitunter erraten die Autoren, dass Gesellschaften nur aus offenen bereichsspezifischen Zusammenhängen bestehen, die sich mal eher lokal und mal eher global konstituieren und nur sehr partiell mit der Reichweite von verfassten Staaten korrespondieren. Man spricht deshalb besser und angemessener von Lokalgesellschaften in einem globalen Kontext. Zudem kommt es darauf an, unter welcher Perspektive man diese betrachtet. Unter der Perspektive ei-

⁸ Migration wird hier als Teil von Mobilität verstanden, bei der nationalstaatliche Grenzen überschritten werden.

⁹ Emil Durkheim spricht hier von organischer Solidarität (vgl. Durkheim u.a. 1977).

¹⁰ Eigentümlicher Weise wird an drei Stellen, zumindest indirekt, schlicht das Gegenteil behauptet, nämlich das kulturelle Vielfalt besonders günstig für die Entwicklung der Gesellschaft sei (76, 78, 85).



ner Kultur sind durchaus regionale Kulturen zu beobachten, die von der allochthonen wie der autochthonen Bevölkerung gemeinsam getragen werden.¹¹

Unter dem Gesichtspunkt von Rechtsstaatlichkeit wird man sowohl an den Staat, als auch an die europäische Union, als auch im Blick auf die Menschenrechte an eine Weltgesellschaft denken müssen. Unter sprachlichen oder religiösen Vorzeichen sind wieder andere Zuschnitte relevant. Und wenn es um den persönlichen Lebensstil geht, wird man einerseits mit spezifischen Milieus und andererseits mit sie überwölbenden globalen Moden zu rechnen haben. Religionen, die allemal global ausgerichtet sind, werden in der Untersuchung allenfalls negativ zur Kenntnis genommen, weil sich dann Integrationsgewinne nicht

mehr national verbuchen lassen (87). Insgesamt ist die Studie von einem ungebrochenen, methodologischen Nationalismus geprägt (Beck 2008).

4. In der Untersuchung werden immer wieder einzelne, statistisch erzeugte Gruppen für soziale Ereignisse, Entwicklungen und Eigenschaften in Anspruch genommen. Nun wissen wir bereits seit den Anfängen der Sozialforschung, dass man nur Gruppierungen soziale Eigenschaften zusprechen kann, wenn sie sozial konstituiert sind. Es ist deshalb ein grober handwerklicher Fehler, wenn man durch Einwanderungsregime erzeugten Bevölkerungsgrößen oder gar durch statistische Maßnahmen zusammengebrachten Merkmalsträgern soziale Eigenschaften unterstellt. Dies gilt mit

der einzigen Ausnahme, dass die erzeugte Gruppierung z.B. durch soziale Maßnahmen gezwungen wird, ein gemeinsames Handeln zu entwickeln. Aber selbst dann handelt es sich immer noch nicht um intrinsische, d.h. eigene, sondern allenfalls um ihnen zugeschriebene und durch Druck eingeschriebene Merkmale. Gerade im Bereich der Einwanderung hat es solche Prozesse gegeben, sie werden mit Ethnisierung und Selbstethnisierung bezeichnet und in speziellen Fällen auch mit Kriminalisierung (Geißler 1995, Bukow u.a. 2003). Dass der Begriff der Ethnizität heute längst als sozialer Mythos funktioniert und in der Regel politisch gebraucht wird, um aus- und einzugrenzen, ist spätestens seit den Untersuchungen von Radke (1990) und Bukow/Llaryora (1990) bekannt. In der vorliegenden Untersuchung wird jedoch ungebrochen weiter ethnisert:

„In dieser Studie werden Parallelgesellschaften als Migrantengruppen definiert, die weitgehend ethnisch-kulturell homogen sind und sich sozial, zum Teil auch räumlich von der Mehrheitsgesellschaft abtrennen“ (93). Konkret wird hierbei vor allem auf Migrant/innen aus der Türkei Bezug genommen, die aus einem anerkanntermaßen extrem multikulturellen Land stammt.

5. Das Thema Geschlecht wird in der Studie lediglich an einzelnen Stellen thematisiert, wird jedoch nicht systematisch einbezogen, was für eine differenzierte Betrachtung jedoch unerlässlich wäre. Auf Geschlecht Bezug genommen wird immer dann, wenn besonders negative Darstellungen von Migrantinnen und Migranten erfolgen. Zum einen werden insbesondere Frauen als vor-

modern, als Vertreterinnen gestriger kultureller Orientierungen betrachtet, die unter sich blieben und nicht der deutschen Sprache mächtig seien (7f.). Des Weiteren wird darauf verwiesen, dass Frauen oft als Analphabetinnen eingewandert seien: *„Vor allem türkische Frauen kamen ohne Qualifikation und Sprachkenntnisse oder gar als Analphabetinnen und lebten in ihren Familien oft komplett von der deutschen Gesellschaft isoliert“* (13). Den Autor/innen scheint unbekannt zu sein, dass es auch unter der alteingesessenen Bevölkerung je nach sozialer Schicht ein beträchtliches Analphabetentum gibt, es sich hierbei also vor allem um ein Schicht-Problem handelt, nicht um ein kulturelles. Als relevante Kategorie geht Geschlecht darüber hinaus noch in der *„Hausfrauenquote“* (31) des Index ein, was an späterer Stelle ausführlich diskutiert wird. Einbezogen wird Geschlecht auch, um den Männern aus den Einwanderermilieus zu unterstellen, dass sie häufig Bildungsverweigerer seien und darüber hinaus die Gleichstellung der Geschlechter hintertrieben: *„[Sie würden] die hiesigen Gesetze, unter anderem in Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern missachten. [Sie stünden] der Aufnahmegesellschaft feindlich gegenüber und versuchten fundamentalistische Ideen durchsetzen.“* (85). Auf die wissenschaftlichen Debatten der letzten Jahrzehnte innerhalb der Geschlechterforschung nimmt die Studie keinerlei Bezug. Stattdessen nimmt das Institut eine klassische Verknüpfung von Ethnizität und Geschlecht für eine ganze Bevölkerungsgruppe vor und verbleibt dabei im Modernitäts-Differenz-Theorem (Bukow/Llaryora). Reproduziert werden Stereotype, in denen sich Geschlecht und

¹¹ Die Beteiligung der türkischen Bevölkerung am Kölner Karneval ist längst sprichwörtlich.

Migration verschränken und durchdringen und von der Geschlechterforschung bereits als rassistisch durchdrungene Differenzierungs- und Hierarchisierungsvorgänge kritisiert wurden, die i.d.R. dazu verwendet werden, um „die aufgeklärte und fortschrittliche deutsche Gesellschaft“ gegenüber dem als frauenfeindlich, homophob und unterentwickelt imaginierten Islam aufzuwerten (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2006)¹². Die allen fortgeschrittenen Industriegesellschaften gemeinsamen Probleme, nämlich Sockelanalphabetismus¹³ und Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, geknüpft an Ethnizitätskonstruktionen, werden im Rahmen der Studie – in altbewährter Tradition des christlichen Abendlandes – insbesondere den orientalischen Bevölkerungsgruppen zugeschrieben.

6. Was meint man in der Studie mit „*ge-lungener Integration*“ (6)? Ist das Zusammenleben zweier Bevölkerungsgruppen tatsächlich dann gelungen, wenn sie sich sozialstrukturell, religiös und kulturell dem Deutschen angeglichen und dann auch noch qua Heirat „vermischt“ haben?

¹² Selbstverständlich soll hier nicht in Abrede gestellt werden, dass es Frauen gibt, die der deutschen Sprache nicht mächtig und/oder Analphabetinnen sind und Männer, welche die Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Grundgesetzes ablehnen. Hier soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass die vereinzelt vorhandenen, genannten Sachverhalte auf ganze Bevölkerungsgruppen ausgeweitet und diese homogenisiert werden, so dass „(...) eine Form der Objektivierung auf der Grundlage eines kollektiven Imaginarius der Mehrheitsgesellschaft“ (Gutiérrez Rodríguez 2006) entsteht. Zudem findet dabei eine Polarisierung statt – die homogenisierte Gruppe steht der „deutschen Gesellschaft“ als unvereinbar gegenüber und wird abgewertet, so dass eine Hierarchisierung stattfindet, die auch noch in einer Naturalisierung enden kann – was von Rommelspacher (2001) als konstituierende Elemente des Rassismus beschrieben wird.

¹³ Totaler, funktionaler und sekundärer Analphabetismus findet sich auch in Deutschland, wobei der totale Analphabetismus in Deutschland weniger ausgeprägt ist. Man schätzt, dass etwa 1/3 der Bevölkerung funktionale oder sekundäre Analphabeten sind.

¹⁴ Das klassische Beispiel dafür ist der Anwerbestopp von 1973, der genau das Gegenteil von dem bewirkte, was er bewirken sollte.

Wir wissen, dass das Zusammenleben zwischen allochthonen und autochthonen Bevölkerungsgruppen historisch immer dynamisch verlaufen ist. Stets gab es die unterschiedlichsten Gruppen mit den unterschiedlichsten Interessen, die sich in unterschiedlichster Weise arrangierten, wobei in der Regel neue gesellschaftliche Konstruktionen entstanden. Selbst in den letzten hundert Jahren, wo viele Staaten Migrationsregime entwickelt haben, also Migration intensiv zu steuern versuchten und damit besondere Entwicklungen erzeugen wollten, wurde faktisch nie das erreicht, was beabsichtigt war.¹⁴

Tatsächlich hat man in Deutschland mal Arbeiter, mal Intellektuelle und mal Mittelschichtangehörige ins Land gelassen oder sogar gezielt angeworben. Am Ende stehen immer wieder neue gesellschaftliche Arrangements, die selbst mit Begriffen wie Hybridität (Bhabha; Ha; Dhawan) nur unzureichend zu beschreiben sind. Wir wissen auch, dass man speziell in Deutschland ein paradoxes Migrationsregime entwickelt hat. Einerseits hat man genau definierte Bevölkerungsgruppen angeworben bzw. ins

Land gelassen, andererseits hat man genau diesen Prozess als Einwanderungsprozess geleugnet. Das Ergebnis ist empirisch eindeutig: Die sog. Generation Gastarbeiter wurde als Arbeiter-schaft aus dem gesamten Mittelmeerraum rekrutiert, ist auch als Arbeiterklasse hier angekommen und hat sich, insoweit sie nicht zur EU gehört, entsprechend arrangiert. Sie weist genau die Merkmale auf, die eben eine Arbeiterschicht aufweist. Anders verhält es sich bei den sog. Aussiedlern. Sie sind aufgrund einer besonderen Gesetzeslage (Art 116 GG) vor allem aus dem polnischen und ehemaligen GUS-Bildungsbürgertum rekrutiert worden und es sollte nicht verwundern, wenn auch sie dort wieder angekommen sind. Wenn man schon von Integration spricht, sollte man diesen Gruppen, die zielgenau in derselben sozialen Schicht angekommen sind, ein hohes Maß an Integration attestieren. Auch wenn das in den herrschenden Teilen der politischen Öffentlichkeit bis heute nicht akzeptiert wird, so wäre es doch Sache einer nüchternen Bestandsaufnahme, das deutlich hervorzuheben. Die Studie verfügt über die entsprechenden Informationen, deutet sie aber falsch, weil sie die Eingewanderten, die eine bestimmte Schicht repräsentieren, mit dem Durchschnittsprofil der autochthonen Bevölkerung vergleicht, dem „*Durchschnitt der Einheimischen*“ (10). Auch hier finden sich gelegentlich eigentümliche Variationen: An anderen Stellen argumentiert das Institut von mittelschichtspezifischen Bildungserwartungen her und attestiert den Übersiedlern aus dem Osten – erwartungsgemäß – ein hohes Niveau.



7. Die in der Untersuchung eingebundenen Zitate und Verweise halten einer inhaltlichen Überprüfung selten stand. Zwar werden beispielsweise kanadische Erfahrungen formal richtig zitiert, nur geht Kanada von einem diametral entgegen gesetztem Ansatz aus. Es setzt nicht auf nationale Homogenität, sondern auf Diversität. Kanada definiert seine nationale Identität ausdrücklich als Nichtidentität, eben als Diversität: „Multiculturalism is at the heart of Canada's fundamental values and Canadian identity“ (Chan 2005).

Es ist schlicht das Gegenteil von dem, was in der Berliner Studie vertreten wird. Analog geschieht das dort, wo Herbert Ulrich, Klaus Bade oder Rainer Geißler zitiert werden. Auch hier wird zwar formal richtig zitiert, aber inhaltlich entstellt oder deren

Anliegen sogar ins Gegenteil verkehrt. Interessant ist freilich auch, welche wissenschaftlichen Diskurse generell ignoriert werden. So wurde in den letzten drei Jahren sehr intensiv über Ethnisierung, Parallelgesellschaft und über Leitkultur debattiert. Nichts davon wird im Text berücksichtigt, obwohl die Themen zum Teil extensiv angesprochen werden. Tatsächlich wird auch die gesamte internationale Forschung über Mobilität, Migration und sozio-kulturelle Integration ausgeblendet, obwohl die Studie ja die ganze Breite dieser Prozesse messen und politisch reformulieren will.

8. Die Studie ist paradox angelegt. Insbesondere der Schlussteil (Kap. 10) hat mit der vorausgegangenen Einschätzung nur wenig gemeinsam. In der ganzen Studie gibt es eine Art Subtext, der ganz anders ausgerichtet ist und der immer mal wieder hindurch schimmert und im Schlussteil schließlich die Oberhand gewinnt. Solche Stellen werden mit „Freilich gilt auch (...)“ oder durch „aber (...)“ oder ähnlichen Formulierungen eingeleitet (z.B. 5, 8, 82). Unter diesem Vorzeichen werden dann Feststellungen getroffen, die zwar der Hauptargumentation völlig widersprechen, aber der empirischen Wirklichkeit entsprechen. Da ist plötzlich davon die Rede, dass die Probleme in der Schichtzugehörigkeit, in Unrechterfahrungen, in Ausgrenzung, und in der Verweigerung einer Vollmitgliedschaft in der Gesellschaft u.a.m. bestehen. Nicht immer gelingt es, solche Beobachtungen wieder in die Hauptargumentation zu reintegrieren. Notfalls wird dann auf die fremde Kultur oder Religion rekurriert (13). Man fragt sich, warum die Studie nicht besser durchdacht worden ist.

3. STATISTISCHES VORGEHEN UND GRUPPENBILDUNG

Um nicht nur zwischen Migrant/in vs. einheimisch differenzieren zu können, unterteilt das Berliner Institut die Migrant/innen in Binnengruppen, deren Konstruktion jedoch wenig aufschlussreich ist, wie nachfolgend deutlich werden wird.

Zunächst sprechen die AutorInnen davon, dass „*Migration (...) zu einem globalen Phänomen und Problem geworden*“ (16) ist. Dabei verkennen sie vollkommen, dass Menschen schon immer gewandert sind, dies aber nicht immer und überall zum Problem gemacht wurde und wird, sondern die BRD hier einen besonderen Umgang mit Zugewanderten pflegte und pflegt. Dass die erste große Zuwanderungswelle nach dem zweiten Weltkrieg in Form der sog. Gastarbeiter/innen stattfand und es zunächst kein Anliegen der Bundesregierung war, die Zugewanderten zu integrieren, da sie nach Beendigung der Arbeit in ihr Herkunftsland zurückkehren sollten, findet keine Erwähnung. Das Migrationsregime, das die legale Zuwanderung in die Bundesrepublik regelte und noch immer regelt – wenn auch in veränderter Form – wird weder in Bezug auf die Gruppenbildung berücksichtigt, noch findet es bei der Index-Erstellung (s.u.) oder der Ergebnisdarstellung Einbezug. Ebenso wenig wird einbezogen, dass Deutschland erst im Jahr 2005 mit dem veränderten Zuwanderungsgesetz anerkannt hat, ein Einwanderungsland zu sein, was selbstverständlich immer Konsequenzen für Migrant/innen gehabt hat und noch immer hat.

Auch der Anspruch, „*die Zusammensetzung und Eigenschaften der unter-*

schiedlichen Migrantengruppen zu analysieren“ (16), lässt sich anhand der Auswertung der Mikrozensusdaten zwar in Bezug auf die nationalstaatliche Herkunft umsetzen. Die notwendige Differenzierung anhand schicht- und/oder milieuspezifischer Kriterien, wie etwa dem Bildungsgrad, berücksichtigen die Autor/innen allerdings nicht. Soziale Eigenschaften, die für die Herkunftsgruppen bestimmt werden, verkennen dann die soziale Lage der jeweiligen Gruppen, insbesondere, wenn Vergleiche zum Durchschnitt der gesamten einheimischen Bevölkerung gezogen werden. Wandern aus einem Nationalstaat oder einer der anderen Staaten-Gruppen, die von dem Berliner Institut zusammengefasst werden, besonders viele Hochqualifizierte oder besonders viele Bildungsbenachteiligte der sog. Unterschicht ein, fallen Vergleiche mit Gesamtbevölkerungsdurchschnitten entsprechend besonders positiv bzw. besonders negativ auf. Herkunftsgruppen gelten dann in der Folge als besonders gut bzw. schlecht integriert. Hätten sie das bundesdeutsche Migrationsregime, etwa in Form der gezielten Anwerbung der sog. Gastarbeiter/innen, die fast ausschließlich aus der Arbeiterschicht stammten, berücksichtigt, müssten sie entsprechend zu anderen Ergebnissen kommen. Würden die Gruppen also entlang von Schichtzugehörigkeit gebildet und mit dem jeweiligen Durchschnitt derselben Schichten der „Einheimischen“ verglichen, würden die Ergebnisse sicherlich ganz anders ausfallen: die Zugewanderten würden mit der sozialen und gesellschaftlichen Positionierung der Einheimischen übereinstimmen und keine Auffälligkeiten aufweisen. Hier stellt sich die Frage, ob ein solch trivialer und doch

zugleich grundlegender Fehler einem statistisch arbeitenden Institut nicht hätte auffallen müssen.

Um Vergleiche in Bezug auf die Integration ziehen zu können, hat das Berliner Institut Migrant/innen in unterschiedliche Gruppen unterteilt. Die Unterteilung erfolgte dabei wenig systematisch. So wurden alle sog. türkischstämmigen Migrant/innen als eine Zuwanderungsgruppe gefasst, also entlang der nationalstaatlichen Zugehörigkeit gebildet. Hierbei handelt es sich auch um die einzige (!) Gruppe, bei der ausschließlich ein einziger Nationalstaat als Gruppenbildungskriterium zugrunde liegt. Demgegenüber wurden die Nationalstaaten Italien, Spanien, Portugal und Griechenland zusammengefasst. Sie erscheinen in der weiteren Studie als Gruppe der Südeuropäer/innen. Die übrigen EU-Länder (Stand: EU 25) werden als eine weitere Gruppe homogenisiert. Ausgenommen werden hierbei Migrant/innen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien zugewandert sind, sie bilden eine eigenständige Gruppe. Eine weitere eigenständige Gruppe bilden die Aussiedler/innen, die sich aus migrierten Personen der „*Russischen Föderation und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und dem ehemaligen Jugoslawien*“ zusammensetzt, welche in der Folge die größte Zugewandertengruppe darstellen. Eine weitere Gruppe stellen die Migrant/innen aus dem Nahen Osten, worunter der östliche Mittelmeerraum bis hin zum Iran und den Staaten der Arabischen Halbinsel gefasst werden. Zu der Gruppe aus dem „*Fernen Osten*“ zählt das Berliner Institut „*süd-, ost- und südostasiatische(...) Staaten, also das Gebiet von Afghanistan,*

Pakistan, China und der Mongolei bis zu den pazifischen Inseln“. Migrant/innen aus afrikanischen Staaten werden kollektiv unter der Kontinent-Gruppe Afrika gefasst. Bei den vom Berliner Institut gebildeten Gruppen handelt es sich also um sehr heterogene Zusammensetzungen von Personen, die in den genannten Gruppen nationalstaatlich, regional bzw. kontinental homogenisiert werden. Selbst merkt das Institut zwar an: *„So vielfältig diese Gruppen in ihrer Zusammensetzung sind, so verschieden sind auch die Hintergründe ihrer Zuwanderung nach Deutschland, und so unterschiedlich haben sich die typischen Schicksale von Angehörigen der einzelnen entwickelt“* (17). Dies veranlasst sie jedoch nicht, ihre Kategorienbildung zu überdenken und zu überarbeiten. Weshalb bspw. Migrant/innen aus der Türkei als eigenständige Gruppe gegenüber der zusammengelegten Gruppe der Südeuropäer/innen betrachtet werden, wird nicht begründet, handelt es

sich doch bei beiden Gruppen um sog. ehemalige Gastarbeiter und ihre Nachkommen. Migrant/innengruppen, die somit in etwa zur selben Zeit in die Bundesrepublik kamen und sehr ähnlichen Bedingungen ausgesetzt waren.

Die Kriterien für die Gruppenbildung bleiben letztlich unklar. Weshalb die Gruppen in dieser Weise und nicht bspw. entlang des Bildungshintergrundes, aufenthaltsrechtlicher Kriterien wie etwa EU- vs. Nicht-EU-Bürger/innen oder der Zeit der Zuwanderung gebildet wurden, also weniger juristische als soziale Kriterien berücksichtigt wurden, wird nicht begründet. Bereits in der Einleitung haben wir darauf hingewiesen, dass es sich in sozialer Hinsicht um extrem heterogene Migrant/innengruppen handelt, die vom Institut hier kategorial homogenisiert werden. Die vorgenommene Unterteilung erweist sich aus den angeführten Gründen als wenig sinnvoll und in der Folge wenig aussagekräftig.



4. DER „INDEX ZUR MESSUNG VON INTEGRATION (IMI)“

Der vom Berliner Institut entwickelte „Index zur Messung von Integration (IMI)“ soll die Integrationssituation der zuvor gebildeten Migranten-Herkunftsgruppen anhand der Daten des Mikrozensus 2005 analysieren und bewerten (28). Hierfür bildet das Institut 15 Indikatoren, die unter die fünf Bereiche „Assimilation“, „Bildung“, „Erwerbsleben“, „Absicherung“ und „dynamische Indikatoren“ gefasst werden. Sie bezeichnen diese als *„(...) solche Merkmale (...), die für eine erfolgreiche Integration als besonders relevant gelten müssen“* (28f.) und erheben den Anspruch, mit dem Index einen Ist-Zustand der Integrationssituation in der BRD zu beschreiben.

Beschreiben können sie mit Hilfe des Index jedoch lediglich, welche Ergebnisse sich aufgrund der von ihnen zugrunde gelegten Kriterien ergeben. Selbst merken sie an, dass sich *„Hintergründe und Ursachen für gelungene oder missglückte Integration (...) mit einem solchen Index allerdings nicht statistisch erfassen [lassen]“* (28). Obwohl ihnen also relevante Hintergründe und Ursachen von Integration anhand der statistischen Daten nicht zugänglich sind, prognostizieren sie mit Hilfe der Indikatoren *„(...) das zukünftige Integrationspotenzial einer Herkunftsgruppe“* (28). Wie sie aufgrund der erfassten Daten ohne Rückbezug auf die einschlägige fachwissenschaftliche Diskussion eine solche Prognose begründen wollen, bleibt vollkommen unklar, lassen sich doch Prognosen nur auf der Basis von Wissen, in diesem Fall Hintergrund- und Ursachen-, also Fachwissen der Migrationsforschung, treffen. Als statistisch

orientiertem Institut ist ihnen natürlich bekannt, dass sich aus statistisch gewonnenen Daten keine längerfristigen sicheren Prognosen über die Entwicklung einer Bevölkerung herleiten lassen. Vergangene Berechnungen hätten dann für die Entwicklung der deutschen Bevölkerung bspw. die (Welt-) Kriege des vergangenen Jahrhunderts und den Geburtenrückgang durch die Einführung der Pille voraussehen müssen (Bosbach 2006). Hintergründe und Ursachen, die sich anhand der existierenden statistischen Daten nicht vorausberechnen ließen. In Bezug auf Integration bedeutet dies, dass politische Entscheidungen, Wanderungsbewegungen, gesellschaftlicher Wandel etc. der kommenden Jahre/Jahrzehnte bereits gegenwärtig vorausgesehen werden können müssten – was eben keineswegs möglich ist. Zudem liegt der Kategorie des *„zukünftige[n] Integrationspotenzial[s]“* (28) die gegenwärtige Situation zugrunde. Damit die Prognose des Berliner Instituts im Hinblick auf das *„zukünftige Integrationspotential“* (28) annähernd eintreffen könnte, müssten in der Zukunft exakt die Bedingungen der Gegenwart bestehen bleiben. Ein weder wünschenswerter noch erwartbarer Fall.

4.1 ZUM BEREICH ASSIMILATION

Neben diesem problematischen Prognose-Aspekt beinhaltet der *„Index zur Messung von Integration“* weitere wissenschaftlich-methodische Schwierigkeiten sowie Probleme inhaltlicher Art. Es fällt auf, dass das Institut immer wieder auf den Assimilationsbegriff zurückgreift und ihn in der genannten Index-Kategorie *„Assimilation“* zu einem zentralen Integrationskriterium macht – ein Konzept, das Mitte der 1960er Jahre

von Milton M. Gordon (vgl. 1964) in Reaktion auf die Entwicklung in den Vereinigten Staaten formuliert, vor allem durch Hartmut Esser (1983) in die hiesige Debatte eingeführt wurde und sich dabei erheblich veränderte. Gordon bemüht sich um die Formulierung eines Programms, in dem er versucht, angesichts der zunehmenden kulturellen, sozialen, religiösen und ethnischen Diversität der amerikanischen Gesellschaft vom „*The Melting Pot*“-Konzept (St. John de Crevecoeur 1782/1957) zu retten, was zu retten ist und fordert deshalb die Gesellschaft und deren Machtgruppen auf, sich sozial (durch interethnische Kontakte) sowie strukturell (Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsmaßnahmen) sowie kulturell (Anerkennung der Kulturen) zu öffnen. Er prolongiert und demokratisiert gewissermaßen die Hoffnung von Park, Burgess und anderen, dass sich in einer Weltgemeinschaft schließlich Rassen und Kulturen auflösen und verschmelzen. Bei Essers Rezeption handelt es sich um den Versuch, den „Fremden“ in sein methodologisch-individualistisches Gesellschaftskonzept von der Bundesrepublik Deutschland der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts einzuordnen. Während man freilich in den USA den Ansatz bald zu einem noch offeneren „*Salad Bowl*“-Konzept (Vielfalt in der Einheit) weiter entwickelt und ihn schließlich in Annäherung an die Realität ganz aufgibt, hat Esser den Assimilationsansatz erst einmal in Deutschland etabliert. Nach seiner ersten Rezeption wird er nicht etwa der Realität, sondern eher den Leitvorstellungen nationaler Traditionen angenähert und damit jeder Realitätsüberprüfung entzogen und ideologisch aufgeladen. Schon lange geht es nicht mehr darum, die Machtträger der

Gesellschaft den Eingewanderten gegenüber zu öffnen, sondern umgekehrt, es geht darum, dass sich die Minderheiten bzw. die Einwander/innen der Dominanzgesellschaft anpassen.

Während es Gordon einst wichtig war, diejenigen, die die Macht haben, dazu zu bewegen, die pluralistischen Strömungen in der Gesellschaft im Kontakt miteinander einzufügen, geht es in der Berliner Studie darum, die Minderheit zur Anpassung an die Mehrheit aufzufordern. Der Index besiegelt diesen Perspektivenwechsel. Er soll nun diesen Unterwerfungsprozess messen und die Fortschritte als Indikatoren für eine erfolgreiche Anpassung herausstellen. Der Index verwendet damit ein nicht nur ursprünglich anders gemeintes, sondern jetzt auch noch nationalistisch reformuliertes, und damit doppelt veraltetes Assimilationskonzept. Es ist nur konsequent, wenn dann die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft und die Eheschließung mit einem/r Partner/in deutscher Herkunft (29) als Kriterien der Assimilation in den Mittelpunkt gestellt werden.

Die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft deutet das Berliner Institut als Zeichen für die „*Identifikation mit der Bundesrepublik*“ und als „*eigenen Integrationswillen*“ (29). Damit wird noch einmal deutlich, dass diesem Assimilationsansatz eine nationalstaatszentrierte Vorstellung zugrunde liegt, ein methodologischer Nationalismus (Glick-Schiller, Wimmer 2002; Beck 2008), der einen Nationalstaat als einheitliche Gruppe mit derselben Sprache, denselben kulturellen Gepflogenheiten und demselben Pass imaginiert.

„*Bikulturelle Ehen*“, spielen in dem Index-Bereich „*Assimilation*“ eine große Rol-

le. Negativ schlagen sie zu Buche, wenn sie unter „*fremden Ethnien*“ geschlossen werden, positiv werden sie bewertet, wenn ein Einheimischer beteiligt ist: „*Familiengründungen über ethnische oder kulturelle Grenzen hinweg zeigen den Grad der Annäherung zwischen Menschen mit deutscher und nicht-deutscher Herkunft*“ (29). Bei diesem Index-Kriterium handelt es sich um ein Merkmal, dem ein besonders eindeutiger nationalistischer Assimilationsgedanke zugrunde liegt. Eigentlich meint „bikulturell“ ja lediglich, dass Individuen aus zwei verschiedenen Kulturen eine Ehe miteinander eingehen. Hier wird jedoch zum einen Kulturzugehörigkeit mit Staatsangehörigkeit gleichgesetzt, und zum anderen wird sie je nachdem, ob ein Deutscher beteiligt ist oder nicht, auf- bzw. abgewertet. Dies kann man noch dem methodologischen Nationalismus zurechnen. Und üblicher Weise bezieht man „bikulturell“ auch nur auf die Ehe selbst und nicht auf deren Kinder und Enkel. Hier werden aber auch Ehen mit Nachkommen der Zugewanderten, die in der BRD aufgewachsen sind, als bikulturell betrachtet.

„*Steigt die Zahl der Ehen zwischen Menschen deutscher und nicht-deutscher Herkunft in der zweiten Generation deutlich an, kann von einer Annäherung zwischen beiden Gruppen ausgegangen werden*“ (33). Hier wird der Assimilationsbegriff in seiner ganzen nationalistischen Aufladung präsentiert, eine Modellierung des Begriffs, der aus dem Rassismus nur zu vertraut ist. Die Studie sollte sich einmal stärker mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit befassen. Dann würden die Autor/innen bemerken, dass Eheschließungen ganz anderen Regeln folgen und die hier positiv be-

werteten Konstellationen absolut fremd sind. In der Regel heiratete man traditionell innerhalb eines Standes, einer Klasse oder Schicht, wobei es für Frauen immer auch möglich war, mittels Heirat sozial aufzusteigen. Eheverträge wurden aber trotzdem in der Regel zwischen Partner/innen geschlossen, die einen ähnlichen Habitus (Bourdieu 1982) hatten. Bis heute wird ganz überwiegend im selben sozialen und kulturellen Milieu geheiratet. Staatsgrenzen, geschweige denn die nationale Abstammung, kommen innerhalb dieser Logik in der Regel nicht vor. Zugewanderte stellen dabei keine Ausnahme dar.

4.2 ZUM BEREICH BILDUNG

Richtigerweise stellt die Studie fest, dass Erfolg im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt unmittelbare Auswirkungen auf alle Lebensbereiche hat (28). Der Index-Bereich „Bildung“ benennt als (negative) Integrationsindikatoren das Fehlen eines Bildungsabschlusses, den Besuch der gymnasialen Oberstufe, den Besitz der (Fach-) Hochschulreife und den Akademikeranteil (29f.). Während das Institut Unqualifizierte als Kostenfaktor für die Gesellschaft bezeichnet, wird der Besitz der (Fach-) Hochschulreife als „(...) die Fähigkeit einer Herkunftsgruppe (...) sich im deutschen Bildungssystem zurechtzufinden“ (30) gedeutet. In Anbetracht der Ergebnisse der PISA-Studie, die ausdrücklich darauf hinweist, dass in der BRD Schulleistungen und in der Folge der Bildungsabschluss und die soziale Herkunft korrelieren, und aktueller Migrationsforschungen, die die institutionelle Diskriminierung des Schulsystems gegenüber Migrantenkindern herausgearbeitet haben (vgl. z.B. Gomolla 2006), lässt

sich wohl kaum von einer „Fähigkeit einer Herkunftsgruppe“ (30) sprechen. Schon die Bildung von Gruppen entlang der Herkunft anstatt entlang sozialer Hintergründe, wie etwa der Schichtzugehörigkeit, muss – wenn man die zitierten Studien ernst nimmt – dazu führen, dass die Herkunftsgruppen, in denen sich bildungsbenachteiligte Individuen häufen, nicht die „Fähigkeit (...) sich im deutschen Schulsystem zurecht zu finden haben“ (30) – was aber eben nicht mit der Herkunft korreliert, sondern mit der Klassen- bzw. Schichtenzugehörigkeit korrespondiert, eben dem sozialen Hintergrund.

Es ist ja nun zu genüge bekannt, dass das viergliedrige¹⁵ deutsche Bildungssystem auf den Erhalt des überkommenen Schichtensystems eingestellt ist und die jeweils „richtige“ Schichtzugehörigkeit privilegiert wird, während die „falsche“ Schichtzugehörigkeit diskriminiert wird. Bildungsabschlüsse lassen folglich bis heute häufig eher einen Rückschluss auf den sozialen Hintergrund als auf die individuelle Leistungsfähigkeit zu. Hier macht das Bildungssystem auch bei den Einwanderern erst mal keinen Unterschied. Auch die türkische Unterschicht bleibt unten. Allerdings lässt sich oft noch eine zusätzliche herkunftsbezogene Diskriminierung feststellen.

Akademiker/innen werden in der Studie darüber hinaus als „(...) meist offener, innovativer und sozial aktiver als gering Gebildete“ (30) charakterisiert, als diejenige, die ein besonderes Potenzial für eine Ge-

sellschaft mitbringen. Hier wird wieder deutlich, wie sehr sich das Berliner Institut an gegenwärtigen Medien-Diskursen entlang bewegt: Die Debatten um die Zuwanderung von Hochqualifizierten als erwünschte Zuwanderungsgruppe waren in den letzten Jahren immer wieder ein öffentlich diskutiertes Thema. Im Grunde geht es ja nur darum, dass diese Zuwander/innen, die aufgrund des Strukturwandels der letzten Jahrzehnte auf dem Arbeitsmarkt gefragter sind, als die während der Zeit des sog. Wirtschaftswunders gefragte Arbeiterklasse. Die Bundesrepublik hat sich eben seit dem immer stärker in Richtung dienstleistungsorientierter Berufssparten hin entwickelt. Die Studie begnügt sich aber hier nicht mit der durch den gewandelten Bedarf entstandenen neuen Einwanderungspräferenzen und ihren Auswirkungen. Sie argumentiert ganz anders, wenn sie davon ausgeht, dass „ein hoher Anteil an Zugewanderten mit Hochschulabschluss (...) außerdem das Gesamtbild einer Herkunftsgruppe positiv [beeinflusst] und (...) so zu einem besseren Integrationsklima bei [trägt]“ (30). Wie sie zu dieser Folgerung kommt, wird dabei allerdings nicht deutlich. Man geht sicherlich nicht fehl in der Vermutung, dass damit eine spezifische Präferenz für Hochqualifizierte zum Ausdruck gebracht werden soll, die aber nicht mit Einwanderung, sondern mit akademischem Dünkel zu tun hat. Anstatt hier eine moralische Bewertung „offener, innovativer (...)“ (30) vorzunehmen, hätte das Institut die

¹⁵ In der Regel wird vom dreigliedrigen Schulsystem, unterteilt in Haupt-, Realschule und Gymnasium gesprochen, die Sonder- oder Förderschule, innerhalb derer in den Förderbereichen Lernen und Erziehung überproportional viele Kinder aus Migrantenfamilien zu finden sind, wird dabei vernachlässigt, sollte aber als vierte Säule des derzeitigen Schulsystems Berücksichtigung finden.



Nachfrage nach akademisch gebildeten Personen in weniger wertender Weise mit dem beschriebenen Strukturwandel begründen können, ohne dabei indirekt sowohl Migrant/innen als auch Einheimische mit geringerer Bildung zu diffamieren.

4.3 ZUM BEREICH ERWERBSLEBEN

Unter dem Index-Bereich „Erwerbsleben“ finden sich sieben Integrationsindikatoren: die „Erwerbslosenquote“, „Erwerbspersonen“, die „Jugenderwerbslosenquote“, die „Hausfrauenquote“, „Selbstständige“, „Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ und „Vertrauensberufe“ (30f.). Generell wertet das Berliner Institut in der Beschreibung des Bereichs die erfolgreiche Beteiligung am Er-

werbsleben als Zeichen dafür, „(...) ob eine Person gewillt ist, am wirtschaftlichen und damit auch am sozialen Leben teilzunehmen“ (30). Es wird also davon ausgegangen, dass die Beteiligung am Erwerbsleben ausschließlich in der Hand der Erwerbspersonen liegt und dass deshalb auch der Umkehrschluss erlaubt ist, dass, wer nicht erwerbstätig ist, einerseits nicht gewillt ist, am wirtschaftlichen und andererseits am sozialen Leben teilzunehmen. Dies unterstellt sowohl eine Eigenverantwortung für die Teilhabe bzw. Nichtteilhabe als auch, dass ein soziales Leben ohne wirtschaftliche Teilhabe nicht möglich ist. Beide Thesen sind mehr als wirklichkeitsfern. Im selben Abschnitt stellt das Institut anschließend sogar selbst fest, dass sich anhand der Erwerbsbeteiligung auch Rück-

schlüsse ziehen lassen, „wie offen die Aufnahmegesellschaft gegenüber Migranten ist“ (30). Was ist denn nun gemeint? Wenn man bedenkt, dass die Erwerbsbeteiligung von zugewanderten Personen vor allem spiegelt, wie die juristischen Regelungen im Aufnahmeland etwa in Bezug auf die Anerkennung von Bildungs- und Qualifikationsabschlüssen sind, dann wird man an der These von der Eigenverantwortung zweifeln müssen. Wie sie die jeweils als Ursache formulierte Aussage aus den statistischen Daten gewinnen wollen, bei nicht erwerbstätigen Personen, also den eigenen Nicht-Wille gegenüber dem Ausschluss durch die Aufnahmegesellschaft unterscheiden, entlang welcher Kriterien sie ihre Daten dies-

bezüglich interpretieren, wird in keiner Weise erläutert. Dies ist natürlich auch gar nicht möglich, da eine solche Differenzierung anhand quantitativer Daten nicht belegbar ist. Hierfür bedürfte es qualitativer Herangehensweisen, die Informationen darüber liefern können, wie Ein- und Ausschlüsse auf dem Arbeitsmarkt vollzogen werden. Anhand dieser Ergebnisse könnten dann quantitative Schätzungen vollzogen werden. Mittels des Index des Berliner Instituts ist dies jedoch so nicht möglich.

Unklar bleibt auch, wen das Institut letztlich zu den Erwerbspersonen zählt. „(...) Menschen, die einer Tätigkeit nachgehen, und solche, die sich aktuell um eine Beschäftigung bemühen. Erwerbspersonen zeigen also ihre Bereitschaft, eine Arbeit aufzunehmen“ (31). Was genau unter Bemühung um eine Beschäftigung bzw. unter Bereitschaft, eine Arbeit aufzunehmen fällt, wird nicht näher definiert.

Als ähnlich problematisch erweist sich der Indikator „Hausfrauenquote“, der zum einen nichterwerbstätigen Frauen mit Migrationshintergrund unterstellt, Probleme bei der Kontaktaufnahme mit der einheimischen Bevölkerung zu haben und sie als „(...) weit stärker von sozialer Isolation und Abgrenzung bedroht als erwerbstätige Frauen“ (31) charakterisiert.

Was hier gemessen wird, ist vor allem eine gewandelte Norm: Während bereits im 19. Jahrhundert in bürgerlichen Familien und insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren auch darüber hinaus die Hausfrau das Idealbild der modernen Frau im Sinne der Familienpolitik darstellte (Kuller 2004)¹⁶, gilt gegenwärtig die erwerbstätige Frau, die Beruf und Familie vereinbart, als anzustreben. Dass es sich hierbei genauso um ein Ideal handelt, wie dies auch das Hausfrauenideal war, also genauso wenig real von allen Frauen erfüllt wird, wie in den 1950er und 1960er Jahren die Hausfrau wurde, findet hierbei keine Berücksichtigung. Es wird nicht danach gefragt, weshalb Frauen zu Hause bleiben. Zum anderen werden in der Index-Kategorie des Berliner Instituts zu den Hausfrauen auch alle Frauen, die in Elternzeit sind, gezählt. Ob eine Frau, die aufgrund der Geburt eines Kindes gegenwärtig nicht erwerbstätig ist – für eine kürzere Zeit, die Elternzeit oder auch eine längere Zeitspanne – in der Gesellschaft integriert ist oder nicht, vermögen statistische Daten nicht auszusagen. Dabei handelt es sich in der Regel um einen kürzeren Zeitraum, so dass der Indikator in sich aussagelos wird. Eine Gruppe mit hoher Hausfrauenquote könnte z.B. ein Zeichen dafür sein, dass dort im Jahr 2005 – dem Erhebungszei-

traum des Mikrozensus – besonders viele Kinder geboren worden sind. Genauso gut könnte es ein Zeichen dafür sein, dass sich viele Frauen auf dem Arbeitsmarkt als chancenlos erfuhren und in der Folge zum Erhebungszeitraum auf soziale Leistungen angewiesen waren (ALG II oder ähnliches) oder – um der strengen Regelung des ALG II zumindest für eine Zeit zu entgehen – gar nicht erst soziale Leistungen beantragten, sondern das „alte“ Ernährermodell präferierten. Weitere Möglichkeiten sind denkbar, so dass deutlich geworden sein dürfte, dass der Hausfrauen-Index keine Aussage zur potentiellen Integration einer Frau zu treffen vermag.

Über Selbstständige schreibt das Institut, dass diese „(...) den Willen [zeigen,] in Deutschland Fuß zu fassen und hier in ihre Zukunft zu investieren“ (31). In Anbetracht dessen, dass viele sog. Migrant/innen bereits in der zweiten oder sogar dritten Generation hier leben, erstaunt es nicht, dass die Menschen innerhalb der Bundesrepublik in ihre Zukunft investieren. Zudem stellt die Selbstständigkeit für viele Migrant/innen oft eine der attraktivsten Möglichkeiten dar, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ist dieser doch nach wie vor rassistisch strukturiert, und ist seit langem bekannt (Bukow 1993).

4.4 ZUM BEREICH ABSICHERUNG

Unter dem vierten Index-Bereich „Absicherung“ subsumiert das Berliner Institut die „Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen“ und das „Individualeinkommen“ (32). In der Einleitung des Index-Unterkapitels weist das Institut darauf hin, dass Menschen ohne gesichertes Einkommen „im Extremfall (...) gesellschaftliche Kosten

[verursachen], weil sie vom Staat alimentiert werden müssen“ (32). Nicht nur spiegelt sich an dieser Stelle der in den letzten Jahren vor allem massenmedial inszenierte Diskurs über „Sozialschmarotzer“, hier wird auch verkannt, dass das soziale System, das einst im Kaiserreich auf Gesuch von Bismarck eingeführt wurde – und zunächst die Arbeiterschaft gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter absichern sollte und während der Weimarer Republik um eine Arbeitslosenversicherung erweitert wurde (vgl. Stolleis 2003) – genau für diesen Zweck entworfen wurde: Menschen im Bedarfsfall abzusichern und damit soziale Sicherung von (Groß-)Familienstrukturen und/oder Kapitalbesitz zu entkoppeln und damit den gewandelten Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens anzupassen.

Zum Individualeinkommen merkt das Institut richtigerweise an, dass ein höheres Einkommen für einen hohen Lebensstandard sorgt. „Auch wenn die Höhe des Einkommens von der Qualifikation und vom Lebensalter abhängt, ist es ebenso ein Indiz für die Akzeptanz und den Erfolg einer Person in der Gesellschaft“. Diese Aussage gibt zwar die Selbsteinschätzung der bürgerlichen Gesellschaft wieder, muss aber deshalb noch lange nicht empirisch korrekt sein. Zum einen wird hier nämlich gesellschaftliche Akzeptanz an die Einkommenshöhe gekoppelt, schlussfolgernd ergibt sich daraus, dass lediglich die im Verhältnis geringe Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern mit hohen Einkommen akzeptiert und gesellschaftlich erfolgreich ist. Tatsächlich ist das empirisch nicht zu halten. Zwar deutet ein hohes Einkommen auf beruflichen Erfolg im Sinne hoher Qualifikationen hin, gesellschaftlich akzeptiert (und legitimiert)

¹⁶ Das Ideal der Hausfrau an sich, das häufig als traditionelle Frauenrolle beschrieben wird, stammt aus dem 19. Jahrhundert und galt zunächst vor allem als Frauenrolle innerhalb des Bürgertums, die besonders durch die großen bürgerlichen Denker, wie etwa Kant, Schiller, Schleiermacher und Fichte geformt wurde (vgl. Knapp 1984). Bereits die erste (bürgerliche) Frauenbewegung wandte sich ab Ende des 19. Jahrhunderts verstärkt gegen dieses Ideal (vgl. Hervé 2001; Nave-Herz 1997). In den 1950er und 1960er Jahren, nach dem Ende des Nationalsozialismus, fand diese einst bürgerliche Frauenrolle vor allem innerhalb den Arbeiterschichten der Bevölkerung einen neuen Aufschwung, ermöglicht durch das sog. Wirtschaftswunder und die umfangreichere soziale Absicherung. Mit der Entstehung der neuen sozialen Bewegungen, der Studentenbewegung, vor allem aber der sog. zweiten Frauenbewegung wandelte sich dieses Ideal wieder.

sind jedoch auch wenig prestigereiche Berufe und Berufsgruppen. Des Weiteren bleibt vollkommen unklar, weshalb das Institut gerade im Fall der Einwanderung die Einkommenshöhe mit gesellschaftlicher Akzeptanz und Erfolg verknüpft. Wenn das so wäre, würde man (hoch)qualifizierten Einwanderer/innen sicherlich deren Abschlüsse leichter anerkennen und sie nicht dazu nötigen, unterqualifiziert zu arbeiten. Die Einkommenshöhe mit der Akzeptanz und dem Erfolg in einer Gesellschaft zu verknüpfen, verweist erneut auf die normative Mittelschichtorientierung des Berliner Instituts als Grundlage der Studie.

4.5 ZUM BEREICH DYNAMISCHE INDIKATOREN

Unter dem fünften und letzten Index-Bereich fasst das Berliner Institut „*Dynamische Indikatoren*“ (33). Hierunter wird der „*Änderungsfaktor zwischen den Lebenslagen von Zugewanderten im Vergleich zu ihren in Deutschland geborenen Kindern*“ (33) verstanden. Das Institut geht davon aus, dass sich der „*wahre Erfolg der Integration einer Herkunftsgruppe wie auch der nationalen Integrationspolitik (...) [erst] in der Entwicklung dieser zweiten Generation*“ (33) zeigt. Als Kategorien zur Messung dieses Erfolgs werden die „*Dynamik Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft*“, „*Dynamik bikultureller Ehen*“, „*Dynamik Personen mit (Fach-) Hochschulreife*“, „*Dynamik Erwerbslosenquote*“ sowie „*Dynamik Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen*“ gefasst.

Die Differenzierung zwischen erster Zuwanderergeneration und sog. zweiter Generation stellt eine sinnvolle Unterscheidung dar, ist doch die erste Zuwandererinnengeneration i.d.R. mit ganz anderen

Problemen konfrontiert, als ihre in der Bundesrepublik geborenen Kinder, die von Beginn an mit den deutschen Institutionen konfrontiert sind. Allerdings treten in diesem Index-Bereich dieselben Probleme auf, wie sie für andere Index-Bereich und -Kategorien bereits herausgearbeitet wurden. Dies liegt daran, dass einzelnen Kategorien der Index-Bereiche hier wieder aufgegriffen werden und die sog. zweite Generation hier noch einmal gesondert unter diesen Aspekten betrachtet wird.

Unklar bleibt dabei in der Kategorie „*Dynamik Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft*“, um welche Personen es sich konkret handelt, deren Integrationsstatus hier bewertet werden soll. Werden alle gesetzlich als erwachsen geltende Personen der sog. zweiten Generation gezählt? Oder zählen auch alle Personen, die Kind oder jugendlich sind? Falls letztgenanntes der Fall ist, wie werden Personen gezählt, die zunächst zwei Pässe besitzen? In Anbetracht dessen, dass für die türkische Herkunftsgruppe nur ein Änderungsfaktor der Staatsangehörigkeit von 2 (bei möglichen 8 Bewertungspunkten) festgestellt wird, ist zu vermuten, dass doppelte Staatsangehörigkeiten, wie sie etwa bei den Nachkommen der türkischen Zuwanderergruppe bis zum 18. Lebensjahr üblich sind (Staatsangehörigkeitsgesetz 2000), als Nicht-Deutsche-Staatsangehörigkeit gewertet wurden.

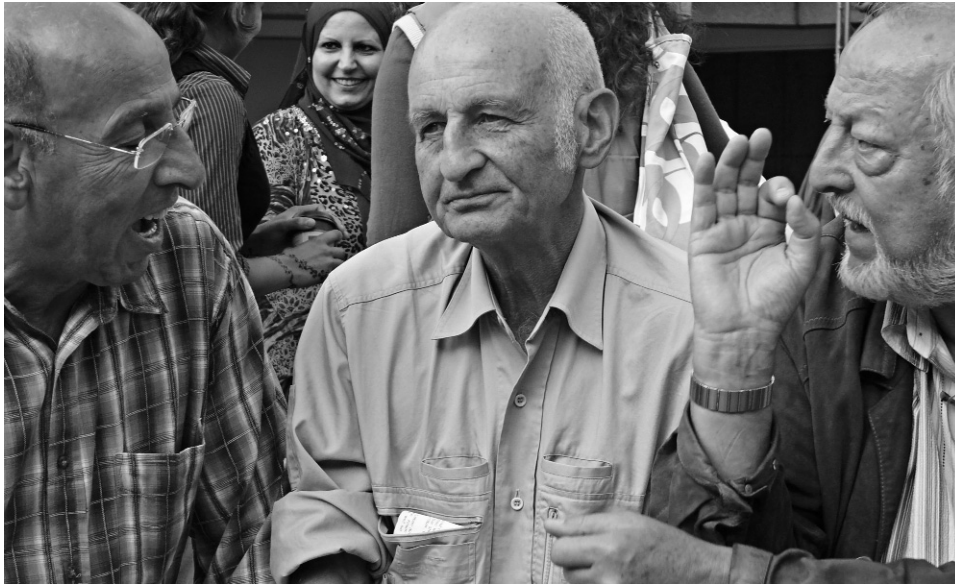
In der Kategorie der „*Dynamik Personen mit (Fach-)Hochschulreife*“ wird davon ausgegangen, dass „*wenn Kinder von Migranten deutlich häufiger das Abitur machen als ihre Eltern, zeigt dies, dass sie die Angebote des deutschen Bildungssystems zu nutzen wissen (...)*“, was, wie bereits oben ausführlich dargelegt, die soziale



Schichtzugehörigkeit als Erfolgskriterium im Bildungsbereich, sowie die verbreitete institutionelle Diskriminierung vollkommen verkennt.

Daran schließt sich der Indikator „*Dynamik Erwerbslosenquote*“ an. Das Institut geht hier davon aus, wenn „*(...) Kinder von Migranten häufiger erwerbslos als die Zugewanderten [sind], ist dies ein Zeichen dafür, dass sie nicht mehr die Motivation ihrer Eltern besitzen und/oder dass ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert wird*“ (33). Nüchtern betrachtet, müsste man daraus folgern, dass die Gesellschaft die Kinder umfassend entmotiviert und diskriminiert. Tatsächlich wird daraus aber gefolgert, dass die zweite Generation noch weniger integrationswillig ist. Damit werden nicht nur die empirischen Zusammenhänge verkannt, es wird darüber hinaus auch erneut eine moralisierende Schuldzuweisung an Migrant/innen und ihre Kinder vorgenommen, selbst wenn im zweiten Teil

des Satzes auf die strukturelle Diskriminierung und vielfach rassistische Strukturierung des Arbeitsmarktes hingewiesen wird. Anhand einer Erwerbslosenquote lassen sich jedoch keine Unterscheidungsmöglichkeiten und damit auch keine Ursachen aufzeigen, wie das Institut ja zuvor bereits selbst in den einleitenden Abschnitten des Index-Kapitels festgestellt hatte: „*Hintergründe und Ursachen für gelungene oder missglückte Integration lassen sich mit einem solchen Index allerdings nicht statistisch erfassen*“ (28). Bei der Kategorie handelt es sich daher vor allem um eine Ursachensuche auf der Grundlage der statistischen Daten, der zuvor vom Institut eine Absage erteilt worden war. Letztlich haben wir es hier mit einer konträren Ursachenbegründung zu tun. Die konträren Argumente „mangelnde Motivation“ und/oder „erschwerte Zugänge“ zum Arbeitsmarkt ermöglichen, die Daten je nach Bedarf mal zur Belegung der einen, mal zur Belegung



der anderen benannten Ursache heranzuziehen, so dass die Kategorie insbesondere aus wissenschaftsethischen Gründen abgelehnt werden muss.

Allen Index-Kategorien liegt, wie bereits mehrfach betont, ein national aufgeladener Assimilationsgedanke zugrunde. Die Nachfahren der zugewanderten Personen sollen in der Gruppe der „Einheimischen“ aufgehen und nicht mehr unterscheidbar sein. Hier stellt sich erneut das Problem der fehlenden sozialen Differenzierung: ein An-

gleich an den Durchschnitt der „einheimischen“ Bevölkerung würde eine gleiche soziale Zusammensetzung voraussetzen, die – wie bereits o.a. – bei den vom Berliner Institut gebildeten Gruppen nicht gegeben ist.

Auch der fünfte Index-Bereich erweist sich damit als nicht verwendbar, um Aussagen in Bezug auf die Integration von Migrant/innen zu treffen, wenn auch der Ansatz, zwischen der ersten Zuwanderergeneration und deren hier geborenen Kindern zu differenzieren, durchaus sinnvoll ist¹⁷.

17 Zu diskutieren wäre hier sicherlich, inwieweit eine Differenzierung zwischen „Einheimischen“ und der „zweiten Generation“ sinnvoll ist, ob hierüber nicht viel mehr die Nachkommen der Zuwander/innen permanent zu „Anderen“ gemacht werden und so immer wieder die „Einheimischen“ sich als „Wir“ gegenüber diesen „Anderen“ positionieren und dadurch Hierarchien, Machtgefälle und institutionalisierten Rassismen permanent (re-)produziert werden (vgl. Beck-Gernsheim 2004; Castro Varela, Maria do Mar; Dhawan, Nikita 2004). Zugleich stellt sich natürlich auch die Frage, wie eben diesen momentan existenten Strukturen entgegengewirkt werden kann, inwieweit eine Differenzierung in „Einheimische“ und „Migrant/innen“ notwendig ist, um bspw. mittel bestimmter Quotierungen, vergleichsweise der in den 1980er Jahren verbreiteten Frauenquotierung, zumindest bestehenden Ungleichheiten entgegenzuwirken, um sie mittelfristig aufzuheben.

5. ZU DEN ERGEBNISSEN DER STUDIE

5.1 ÜBER DAS FAZIT DES BERLINER INSTITUTS

Das Fazit, dass das Berliner Institut aus den Ergebnissen, die sich anhand des von ihnen entwickelten „Index zur Messung von Integration“ ergeben, zieht, zeigt noch einmal in komprimierter Form, welche problematischen Annahmen der Studie zugrunde liegen und welche falsche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Bilanzierend stellt das Institut fest, dass es „(...) nicht das eine Integrationsproblem in Deutschland [gibt], sondern eine Vielfalt von Herausforderungen (...)“ (ebd.). Bezogen auf die Migrant/innen fahren die Autor/innen fort, dass diese gefordert sind, „sich am Zusammenleben der Gesellschaft zu beteiligen“ (ebd.) und „die sehr verschiedenen Voraussetzungen, die sie dazu mitbringen, (...) bei politischen und gesellschaftlichen Integrationsmaßnahmen berücksichtigt werden [müssen]“ (ebd.). Dies ist sicherlich richtig, wenn man davon absieht, dass sich Migrant/innen nicht nicht am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Was dann folgt, ist allerdings in keiner Weise haltbar.

Unterteilt entlang der Herkunftsgruppen, die das Institut aus Nationalstaaten, Regionen bzw. einem Kontinent gebildet hatte, werden für jede Gruppe kurze Gesamtbilanzen gezogen. Für die größte Zuwander/innengruppe, die Aussiedler/innen, stellen sie keine besonderen Auffälligkeiten fest. Dies wundert nicht, handelt es

sich doch bei den sog. Aussiedler/innen überwiegend um Personen aus bildungsnahe Schichten, die sich entsprechend auch in der BRD dort wieder angesiedelt haben und damit der Mittelschichtorientierung des Instituts entsprechen.

Für die zweitgrößte Gruppe, die türkischen Migrant/innen, zieht das Institut eine sehr negative Bilanz: „Für sie ist eine nachholende Integration¹⁸ besonders notwendig. Das wichtigste Ziel muss dabei sein, die Schranken zwischen der türkischen und der einheimischen Gesellschaft in Deutschland aufzubrechen, um der Existenz von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken“. Konsequenter negiert das Berliner Institut hier sowohl die Schichtzugehörigkeit großer Teile der sog. türkischstämmigen Migrant/innengruppe ein, als auch Ergebnisse der beiden PISA-Studien und auch viele andere renommierte Migrationsstudien. Zwar verweist das Institut an einigen Stellen der Studie in Form von Endnoten auf Migrationsforscher/innen wie etwa Bade, Geißler und Ulrich (s.o.), um die Ergebnisse des Indexes zu untermauern, Fachkolleg/innen stellen jedoch sogleich fest, dass die angeführten Autor/innen inhaltlich falsch (!) zitiert werden. Weshalb die Begrifflichkeit „Parallelgesellschaft“ keine adäquate Beschreibung für das Unterschichtmilieu darstellt, haben wir bereits weiter oben ausgeführt.

Der Herkunftsgruppe der Weiteren EU-25-Länder bescheinigt die Studie die geringsten Integrationsprobleme, was bei den Index-Kategorien auch nicht verwundert und es sich dabei zudem um überwiegend hoch gebildete Personen handelt, die, ver-

18 Schon in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde dieses Konzept des „Nachholens“ als kultur-rassistische Vorstellung kritisiert. Damals sprach man von nachholender Sozialisation (vgl. Treibel 2008:200).

glichen mit dem Durchschnitt der gesamten „einheimischen“ Bevölkerung, entsprechend gut da stehen.

Für die Migrant/innen aus den südeuropäischen Staaten fällt die Bilanz im Bildungsbereich eher negativ aus – da ein großer Teil dieser Gruppe zu den ehemaligen sog. Gastarbeitern, bzw. deren Nachkommen zählt, also klassisch der Arbeiterschicht zuzurechnen ist, verwundert dieses Ergebnis wenig. Aber auch hier findet dieser Faktor erneut keine Erwähnung.

Die Bilanz für die zugewanderten Personen aus den ehemaligen jugoslawischen Staaten fällt, ähnlich wie für die türkische Gruppe, eher negativ aus. Zwar merken die Autor/innen an, dass viele von ihnen als Flüchtlinge für eine unbestimmte Zeit in die Bundesrepublik kamen, geben die Verantwortung für ihre schlechte Integrationsbilanz, dann aber an die Herkunftsgruppe zurück, indem sie darauf hinweisen, dass „(...) ihre Bereitschaft, sich auf die deutsche Gesellschaft einzulassen, lange Zeit nur schwach ausgeprägt [war]“ (80). Hier wird den Flüchtlingen, die in der BRD zumeist über viele Jahre in einer sehr unsicheren Aufenthaltssituation leben, häufig immer nur kurze Aufenthaltsverlängerungen erhalten und zumeist die gesamte Zeit in sehr beengten Sammelunterkünften untergebracht sind, die Verantwortung für ihre schlechte Lage, die durch die Reglements der „Einheimischen“ erzeugt wird, überantwortet.

Der Textabschnitt über afrikanischstämmige Migrant/innen verdeutlicht noch einmal, wie heterogen die vom Institut als homogene Gruppen konstruierten Migrant/innen sich erweisen. Ein Teil der afrikanischen Migrant/innen ist gut ausgebildet,

ein Teil ist es nicht. Über Chancen und Hürden lässt sich auf diese Weise kaum eine Aussage treffen. Darüber hinaus vermerkt das Berliner Institut an dieser Stelle, dass für afrikanische Migrant/innen ein rückläufiger Trend auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen sei. Wie sie dies anhand der Auswertung der Mikrozensusdaten eines einzigen Jahres feststellen wollen, beschreiben sie nicht und ziehen auch keine weiteren, ersichtlichen Quellen heran. Stattdessen verweisen sie auf den steigenden Wanderungsdruck auf dem afrikanischen Kontinent aufgrund des Bevölkerungswachstums, „(...) der sich in der Zahl von Menschen wider [spiegelt], die eine lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer oder den Atlantik in Kauf nehmen“ (81). Dass es sich hierbei erneut um einen vor allem medial geprägten Diskurs handelt, der verkennt, dass der afrikanische Kontinent vor allem durch Binnenmigration geprägt ist, taucht hier nicht auf. Sassen hat zudem bereits 1992 darauf hingewiesen, dass das Bevölkerungswachstum als Push-Faktor für Migration nicht ausreicht, sondern andere Pull- und Push-Faktoren vorhanden sein müssen, wie etwa bereits vorhandene (ethnische) Netzwerke, damit Menschen, die nicht als Hochqualifizierte gesucht werden, sich entscheiden zu migrieren (vgl. Sassen 1992).

Der vom Institut vorgenommene Vergleich der unterschiedlichen homogenisierten Herkunftsgruppen wurde durch einen Vergleich der Bundesländer ergänzt – anhand derselben Kategorien. Im Fazit stellt die Autor/innengruppe diesbezüglich fest, dass „(...)Migranten dort mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert [sind], wo wegen zugrunde gegangener Industriezweige auch viele Einheimische arbeitslos sind.

Eine moderne Wirtschaftsstruktur dagegen bietet die besten Voraussetzungen für gute Integration“ (81). Was genau dabei unter „moderne[r] Wirtschaftsstruktur“ verstanden wird, bleibt unklar, in Anbetracht des Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft muss wohl davon ausgegangen werden, dass eben solche Berufszweige gemeint sind. Verglichen mit den Gruppen, denen das Institut eine besonders positive Integrationsbilanz ausstellt, fällt direkt auf, dass hier hohe Qualifikation, die in dienstleistungsorientierten Berufssparten überwiegend gefragt sind, mit positiver Integrationsbilanz bewertet werden. Der Rückschluss, den das Institut zieht, dass qualifizierte Migrant/innen „(...) positiv auf die Bildungsmotivation der Kinder von Zugewanderten [wirken]“, muss entschieden zurückgewiesen werden. Solange das deutsche Bildungssystem solch gravierende Mängel aufweist, wie

mehrfach beschrieben, kann von Bildungsmotivation vs. -desinteresse keine Rede sein.

Als wichtigstes Ergebnis formuliert das Institut folgendes: „Nicht die ethnische Herkunft bestimmt vorrangig die Qualität der Integration. Vielmehr existieren Faktoren des Scheiterns, die in sozialen Milieus begründet sind und unterschiedlich starke Auswirkungen auf die Gruppen haben. Diese Faktoren können einzeln auftreten oder sich auch gegenseitig verstärken. Die Ursachen dafür können in den Einwanderungsmotiven – wie etwa Flucht, Wirtschaftsmigration oder Anwerbung hoch Qualifizierter – oder im Bildungsstand liegen, aber auch in den Meinungen und Vorurteilen, die über eine bestimmte Gruppe in Deutschland vorherrschen. Gruppen, die viele dieser integrationshemmenden Faktoren in sich vereinen, fällt die Eingliederung



in die Gesellschaft besonders schwer. Sie sind in einem komplexen System negativer Rückkopplungen gefangen und benötigen besondere Unterstützung, da sie ansonsten Gefahr laufen, in Strukturen parallel zur Mehrheitsgesellschaft zu landen“ (81).

Hier werden unterschiedliche soziale Milieus als integrationsfördernd bzw. -hemmend beschrieben, wobei die gut qualifizierte Mittelschicht der Maßstab ist, der dem zugrunde liegt. Entsprechend fällt die Bilanz für diejenigen, die sozial unterhalb der Mittelschicht angesiedelt sind, negativ aus. Strukturelle Faktoren werden hier somit erneut ausgeklammert. Und obwohl die Autor/innen auf den ersten Seiten der Studie selbst heraus gestellt haben, dass sich mittels der statistischen Daten keine Hintergrund- und Ursachenaussagen treffen lassen, diesen also eine Absage erteilt haben, treffen sie diese hier. Das mag daran liegen, dass die formulierte Ausgangsfragestellung das Warum beinhaltet, indem beantwortet werden soll, in welchem Ausmaß und auf welche Weise Migrant/innen integriert sind und warum das so ist (5). Dieser Widerspruch, der sich durch die gesamte Studie zieht, spiegelt sich auch hier. Bezogen auf die eingangs angeführte Definition von Integration zeigt sich an dieser Stelle erneut, dass es nicht um formale Inklusion geht, welche die Ansiedlung in derselben Schicht wie im Herkunftsland zur Folge hätte, sondern der Durchschnitt der zuvor ansässigen Bevölkerung den Bezugswert darstellt, der eben genau diese Differenzierung nicht vornimmt.

Bezogen auf die Mikrozensus-Auswertungen entlang des „Index zur Messung von Integration“ kommt das Institut zu dem Ergebnis, dass Migrant/innen türki-

scher, afrikanischer, ehemals jugoslawischer, sowie bildungsbenachteiligte Personen aus dem Nahen und Fernen Osten (vgl. 82) sich in einer besonders schwierigen Integrationssituation befinden, da ihnen – angeblich – die verbindenden Elemente zur Aufnahmegesellschaft fehlen, „vor allem im Hinblick auf die Bildungskultur der einheimischen Mittelschicht“ (82) und sie durch eine andere Religionszugehörigkeit zusätzlich „fremd“ (82) wirken. Hier wird wieder einmal explizit die deutsche Mittelschicht als Orientierungswert benannt. Es handelt sich also um eine nationale Erzählung, die hier unter Auslassung sozialer Schichtbildung über die negative Darstellung einiger Migrant/innengruppen erzeugt wird.

Daran ausgerichtet können insbesondere Personen der sog. bildungsbenachteiligten Schichten, also die klassische Arbeiterschicht, nur negativ abschneiden. Indem im selben Absatz auch noch darauf verwiesen wird, dass angeblich verbindende Elemente zur Aufnahmegesellschaft fehlen – womit vermutlich wieder die angeführte bildungsorientierte Mittelschicht als Norm gemeint sein dürfte – und andere Religionszugehörigkeiten, nicht-christliche Religionen, wie zu vermuten ist, als Schwierigkeit beschrieben wird, werden die benannten Gruppen, türkische, afrikanische, ehemals jugoslawische sowie bildungsbenachteiligte Migrant/innen des Nahen und Fernen Ostens geradezu diffamiert. Schlecht integrierte Personen sind türkischer, afrikanischer, ehemals jugoslawischer Herkunft oder gehören zu den bildungsbenachteiligten Migrant/innen des Nahe und Fernen Ostens, haben oft nicht-christliche Religionen und können mit der bildungsorientierten einheimischen

Mittelschicht nicht mithalten, ist das Ergebnis. Dass hier zum einen genau die Gruppen benannt werden, die zur klassischen Arbeiterschicht, die, unabhängig davon, ob sie eine Migrationsgeschichte hat oder nicht, im Bildungssystem benachteiligt ist und in der Folge natürlich nicht so bildungserfolgreich ist wie die Mittelschicht, fällt den Autor/innen entweder nicht auf, oder sie benennen es nicht. Dass die soziale Zusammensetzung der Migrant/innen vor allem auf das bundesdeutsche Migrationsregime zurückgeführt werden muss, bleibt ebenfalls außen vor.

Desweiteren werden hier genau die Gruppen als in einer schwierigen Integrationssituation benannt, gegen die sich institutionalisierte Rassismen richten. Schon Edward Saïds Studie über *Orientalism* und Stuart Halls *The West And The Rest* verdeutlichen dies insbesondere für den Nahen Osten, zu dem diesbezüglich auch die Türkei zugerechnet werden muss, und Teile des Fernen Ostens (vgl. Said 1979; Hall 1992). Gegen Schwarze Migrant/innen aus afrikanischen Staaten richten sich bis heute Ressentiments, die aus der kolonialen Geschichte stammen und die Migrant/innen aufgrund ihrer Hauptpigmentierung diskriminieren. Dass sich hier verschiedene Differenzachsen überkreuzen (vgl. Crenshaw 1989, Lenz 1997, Klinger/Knapp2005), die zu starken Benachteiligungen der Betroffenen führen und nicht auf ihre nationalstaatliche Zugehörigkeit – so sie denn noch keinen deutschen Pass besitzen – zurückgeführt werden kann, wird von den Autor/innen nicht benannt. Der Intersektionalitätsansatz findet in der Studie des Berliner Instituts keinerlei Einbezug, was von einer Integrations-Studie, welche die Migrationsfor-

schung der letzten Jahrzehnte nicht einbezieht, aber vermutlich auch nicht zu erwarten ist. Migration, Integration und damit verbundene (alltägliche) Rassismen, Sexismen und weitere strukturelle Diskriminierungen bedürfen einer intensiven Auseinandersetzung, um den Themenkomplex angemessen zu behandeln. Mittels der Auswertung statistischer Daten ist dies nicht möglich. Strukturen, Ursachen und Hintergründe lassen sich damit eben nicht erfassen.

Stattdessen weist das Institut darauf hin, dass Integrationsarbeit erforderlich ist, denn sonst werden jene Migrant/innen „(...)Gefangene in ihren eigenen Parallelgesellschaften. Im schlimmsten Fall beschädigen sie als Bildungsverweigerer, Straftäter oder Personen mit staatsfeindlichen Ideologien das Ansehen der Mehrheit der Migranten“ (82). Direkt daran schließen sie den Hinweis, dass dies besonders für türkische Migrant/innen gilt, für die es aufgrund der Größe der Zuwander/innengruppe möglich ist, funktionierende Parallelstrukturen aufzubauen (vgl. 82). Was die Autor/innen unter Parallelstrukturen bzw. Parallelgesellschaften verstehen, definieren sie jedoch nicht.

Als unauffällig wird entsprechend „(...) die bildungsbezogene, urban ausgerichtete Ober- und Mittelschicht (...)“ (82) ausgemacht: „Diese Personen gehen ihrer Arbeit nach, sind finanziell unabhängig, nutzen die Bildungsangebote, stehen der Mehrheitsgesellschaft kulturell oder zumindest ideell sehr nahe und vermitteln den Deutschen das Gefühl, zur globalisierten Welt zu gehören“ (82). Da Integration – im Gegensatz zu Assimilation – keine kulturelle und/oder ideelle Annäherung an die Ein-

heimischen erfordert, muss auch hier wieder angemerkt werden, dass dies nicht der Bezugswert sein kann. Bildungsorientierung entsteht nicht durch Integration, sondern durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht, durch den Erwerb eines bestimmten Habitus (Bourdieu 1982) und durch die Möglichkeiten die das Bildungssystem strukturell bietet oder verwehrt. Hier findet erneut eine Diskriminierung bildungsbenachteiligter Migrant/innen statt. Inwiefern die migrantische Mittel- und Oberschicht „(...) den Deutschen das Gefühl, zu globalisierter Welt zu gehören“ (82) vermittelt, bleibt überdies ohne jeden Zusammenhang in den Raum gestellt. Die „(...)spezifischen Stärken und Schwächen bei der Integration einzelner Herkunftsgruppen“ (80) vermag der Index aufgrund der beschriebenen Probleme nicht herauszuarbeiten, wie das Berliner Institut formuliert. An Stelle dessen festigt der Index durch die theoretischen und methodischen Herangehensfehler bestehende Stereotype, aus denen – wenn man die Schlussfolgerungen des Instituts ernst nimmt – für die betreffenden Migrant/innen negative Konsequenzen erwachsen werden, etwa in Form der Forderung, sich besser zu integrieren, sprich, sich mehr an der bildungsorientierten Mittelschicht auszurichten – entgegen der eigenen gesellschaftlichen Positionierung in der sog. Unterschicht und entgegen der Möglichkeiten, die im derzeitigen deutschen Bildungssystem bestehen bzw. nicht bestehen.

5.2 „DAS PROBLEM IST DIE CHANCE“

An das problematische Fazit des Berliner Instituts schließt sich ein letztes Kapitel an, das die „Herausforderungen für eine künftige Integrationspolitik“ (83) beschreibt.

Wie nachfolgend deutlich werden wird, enthält das Kapitel einerseits sehr problematische Aussagen, andererseits aber auch Hinweise auf einige zentrale strukturelle Mängel, die dringend der Veränderung bedürfen.

So stelle das Institut fest, dass es notwendig ist, Qualifikationen, die in anderen Staaten erworben wurden, in der Bundesrepublik anzuerkennen (vgl. 83). In Bezug auf das Schulsystem merken die Autor/innen an, dass das starre dreigliedrige Schulsystem aufgelöst werden und stattdessen Schule in Form eines Zentrums, „das sich zugleich um die Bildung, die soziale Kompetenz und die Integration verdient macht – bei allen Kindern“ (84), organisiert werden müsste.

Im Weiteren schlägt das Institut den Ausbau von Schulen zu Integrationszentren vor, die mehr bieten als Unterricht: „Projektarbeit, Weiterbildungs- und Freizeitangebote, Integrationsbeauftragte, Beratungsdienste für Schüler und Eltern“ (84) in Form einer Ganztageseinrichtung mit Fachpersonal, welches möglichst genauso heterogen wie die Schülerschaft sein sollte. Im Weiteren wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass „(...) Pädagogen für die frühkindliche Interkulturelle Erziehung ausgebildet werden [müssen]“ (85), sowie Klassenfahrten und Austausche in verschiedene Herkunftsregionen statt finden sollten.

In diesem Kapitel merkt das Institut auch an, dass auch bei einheimischen Kindern „(...) das soziale und intellektuelle Niveau des Elternhauses so stark wie in keinem OECD-Staat über den Lernerfolg [entscheidet]“ (84). Damit benennt das Institut eines der zentralsten Kriterien für den Bildungserfolg von Kindern im deutschen

Schulsystem, zieht aber in ihrer eigenen Studie keinerlei Rückschlüsse auf ihre Ergebnisse, bringt also das schlechte Abschneiden verschiedener Migrant/innen-Gruppen nicht mit „sozialem und intellektuellem Niveau des Elternhauses“ in Verbindung. Zwar weist das Berliner Institut im einleitenden Teil des Index darauf hin, dass die Daten keine Ursachen liefern, da aber in der gesamten Studie dem entgegenstehend permanent Ursachendeutungen vorgenommen werden, stellt sich doch die Frage, weshalb solch fundamentale Erkenntnisse erst im abschließenden Kapitel thematisiert werden, innerhalb der Studie aber konsequent ignoriert werden.

Zurecht weist das Institut darauf hin, dass „(...) Arbeitgeber, Verbände, Parteien, Vereine, die Politik und jeder einzelne Bürger aufgefordert [ist], Migranten in existierende soziale und wirtschaftliche Verbünde einzubeziehen“ (85). Die Charta der Vielfalt benennen sie hierfür als Ansatz und verweisen damit in die richtige Richtung.

Ebenfalls fordert das Institut in diesem letzten Kapitel, die Einbürgerung zukünftig nach dem *ius soli* und nicht mehr überwiegend nach dem *ius sanguinis* zu vollziehen, also Kinder, die in der Bundesrepublik geboren werden, automatisch die Deutsche Staatsbürgerschaft auszustellen.

Diese positiven Ansätze werden allerdings immer wieder von problematischen Aussagen und Forderungen begleitet. In Bezug auf den niedrigen Bildungsstand von Teilen der Migrant/innen etwa schreibt das Institut: „Es gibt jedoch kein Argument, dass sich an diesem Niveau auch bei den nachfolgenden Generationen so wenig ändert, wie es tatsächlich geschieht“ (83). Hier fehlt wieder jeder Bezug zur Korrela-

tion von sozialer Herkunft und Bildungserfolg im deutschen Schulsystem, wie bereits mehrfach beschrieben.

Überdies weisen die Autor/innen noch einmal darauf hin, dass eine bestimmte Migrantengruppe Bildung verweigert, Gesetze und die Gleichstellung von Frauen und Männern missachtet und fundamentalistische Ideen durchsetzen will oder kriminell wird (85f.). Wie sie dies den Mikrozensusdaten entnommen haben wollen, bleibt auch hier rätselhaft. Andere Quellen werden nicht herangezogen. Dabei wissen wir aus einer ganzen Reihe von kriminologischen Studien, dass ganz im Gegenteil die Kriminalitätsbelastung der eingewanderten Bevölkerung, wenn man sie statistisch korrekt untersucht, sogar tendenziell geringer ist als die der entsprechenden alteingesessenen Bevölkerung.

Die Hausfrauenquote wird ebenfalls als z.T. problematisch beschrieben, dem müsse begegnet werden, denn die Ursachen für solche Rollenbilder könnten zum Teil in religiösen Wertvorstellungen liegen (84). Abgesehen davon, dass die Index-Kategorie der Hausfrauenquote bereits oben von uns als unbrauchbar zurückgewiesen wurde, finden sich auch hier keine Angaben darüber, woher die Autor/innen dieses Wissen haben wollen, womit sie sich in einen spekulativen Raum bewegen.

Abschließend hält das Berliner Institut fest, dass „der Index zur Messung von Integration (IMI) in seiner jetzigen Form (...) Integrationserfolge recht gut messen [kann]“ (86). Wie bereits oben in der Kritik am Index deutlich geworden ist, handelt es sich dabei um ein extrem problematisches Instrument, welches wohl kaum dazu geeignet ist, Integration zu messen.



6. ZUSAMMENFASSUNG

Wenn man die in der Studie verarbeiteten Zahlen im Licht der einschlägigen Forschung betrachtet, so zeigt sich, dass wir in Deutschland nach wie vor ein Bürgerrechts-, ein Chancengleichheits- und ein Antidiskriminierungsproblem haben.

Nach wie vor werden Gesellschaftsmitglieder je nach ihrem sozio-biographischen Hintergrund sehr unterschiedlich behandelt, sie werden je nach ihren sozialen, kulturellen und religiösen Kompetenzen in der Gesellschaft durch das Bildungs- und Ausbildungssystem, durch den Arbeitsmarkt und die Öffentlichkeit völlig unterschiedlich platziert und darauf auch fixiert und sie werden schließlich je nach ihrer Milieuzugehörigkeit diskriminiert.

Die vorliegende Studie vernebelt das nicht nur, sie erweist sich selbst als ein Teil

dieses Problems, wobei insbesondere ihre Polemik gegen milieuinterne Beziehungen und die Warnung vor Parallelgesellschaften herausragt.

Ganz zu Recht warnt die Sinusstudie: „Vorsicht vor Schubladendenken“ und fragt: „19% der Migranten in unserem Land sind türkischstämmig, also fast 3 Millionen Menschen. Alles Integrationsverlierer oder gar Verweigerer, die in einer Parallelwelt leben?“¹⁹

Wir sollten allmählich zur Kenntnis nehmen, dass sich Gesellschaften heute, nicht zuletzt Dank der globalen Mobilitätsbewegungen, zu global verbreiteten Milieugesellschaften entwickeln, die zunehmend auch von den gleichen Verwerfungen betroffen sind, wie nicht zuletzt die Debatte über die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU belegt.

¹⁹ In der SINUS SOCIOVISION-Studie heißt es: „Man kann also nicht von der Herkunftskultur auf das Milieu schließen. Und man kann auch nicht vom Milieu auf die Herkunftskultur schließen. Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte beeinflussen die Alltagskultur, sind letzten Endes aber nicht milieuprägend und identitätsstiftend. Der Einfluss religiöser Traditionen wird oft überschätzt“ (1).

7. LITERATURVERZEICHNIS

AntiDiskriminierungsbüro Köln / cyberNomads (Hg.) (2004): *TheBlackBook*. Deutschlands Häutungen. Frankfurt am Main: iko.

Auernheimer, Georg (Hg.) (2006): *Schieflagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Bade, Klaus J.; Emmer, Pieter C.; Lucassen, Leo (2008): *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. 2., unveränd. Aufl. Paderborn: Schöningh [u.a.].

Bade, Klaus J.; Grosse-Brockhoff, Hans-Heinrich (2007): *Kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft; ein Cappenberger Gespräch; veranstaltet am 3. November 2005 in Köln; [Cappenberger Gespräche der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft, Bd. 34; 34. Cappenberger Gespräch]*. Köln: Kohlhammer.

Beck, Ulrich (2008): *Jenseits von Klasse und Nation. Individualisierung und Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten*. In: *Soziale Welt*, Jg. 59, H. 4, S. 301–325.

Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004): *Wir und die Anderen. Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten*. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): *Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*. Berlin.

Bhabha, Homi K.; Schiffmann, Michael; Freudl, Jürgen; Bronfen, Elisabeth (2007): *Die Verortung der Kultur*. Unveränd. Nachdr. der 1. Aufl. Tübingen: Stauffenburg-Verl.

Bourdieu, Pierre (1998): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. 10. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp-Taschenbuch-Verl.

Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hg.) (2006): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Ed.

Bukow, Wolf D.; Nikodem, Claudia; Schulze, Erika, et al. (Hg.) (2001): *Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bukow, Wolf-Dietrich (1993): *Leben in der multikulturellen Gesellschaft. Die Entstehung kleiner*

Unternehmer und die Schwierigkeiten im Umgang mit ethnischen Minderheiten. Opladen: Westdt. Verl.

Bukow, Wolf-Dietrich; Jünschke, Klaus; Spindler, Susanne; Tekin, Uður (2003): Ausgegrenzt, eingesperrt und abgeschoben. Migration und Jugendkriminalität. Opladen: Leske + Budrich.

Bukow, Wolf-Dietrich; Llorya, Roberto J. (1993): Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten. 2., durchges. Aufl. Opladen: Westdt. Verl.

Bukow, Wolf-Dietrich; Nikodem, Claudia; Schulze, Erika, et al. (Hg.) (2007): Was heißt hier Parallelgesellschaft. Zum Umgang mit Differenzen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Springer-11776 /Dig. Serial]).

Castro Varela, María Do Mar; Dhawan, Nikita (2004): Rassismus im Prozess der Dekolonialisierung – Postkoloniale Theorie als kritische Intervention. In: AntiDiskriminierungsbüro Köln / cyberNomads (Hg.): TheBlackBook. Deutschlands Häutungen. Frankfurt am Main: iko, S. 64–81.

Chan, Raymond (2005): Interview with Minister Rymond Chan. Canadian Minister of State. In: Canadian diversity, Jg. 4, H. 1, S. 3–6. Online verfügbar unter www.international.metropolis.net.

Crenshaw, Kimberle (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: University of Chicago Legal Forum, S. 139–167.

Durkheim, Emile; Luhmann, Niklas; Schmidts, Ludwig (1977): Über die Teilung der sozialen Arbeit. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Esser, Hartmut (1983): Die fremden Mitbürger. Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Ausländern. Düsseldorf: Patmos-Verl.

Frerichs, Petra; Steinbrücke, Margareta (Hg.) (1997): Klasse, Geschlecht, Kultur. Dokumentation eines Workshops anlässlich des 25jährigen Bestehens des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (ISO).

Geißler, Rainer (1995): Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 35, S. 30–39.

Glick-Schiller, Nina; Wimmer, Andreas (2002): Methodological nationalism and beyond: nation-state building, migration and the social sciences. In: Global Networks, H. 4, S. 303–334.

Gomolla, Mechthild (2006): Fördern und Fordern allein genügt nicht! Mechanismen institutioneller Diskriminierung von Migrantenkindern und –jugendlichen im deutschen Schulsystem. In: Auernheimer, Georg (Hg.): Schieflagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 87–102.

Gordon, Milton M. (1964): Assimilation in American Life: The Role of Race, Religion and National Origin. Oxford: University Press.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2006): Ethnisierung und Vergeschlechtlichung Revisited oder über Rassismus im neoliberalen Zeitalter. Online verfügbar unter <http://www.geschlecht-ethnizitaet-klasse.org/>.

Ha, Kien Nghi (2005): Hype um Hybridität. Kultureller Differenzkonsum und postmoderne Verwertungstechniken im Spätkapitalismus. Bielefeld: Transcript-Verl.

Hall, Stuart: The West And The Rest. Discourse And Power. In: Formations of Modernity., Jg. 1992, S. 275–320.

Klinger, Cornelia / . Knapp Gudrun-Axeli (2005): Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Ge-

schlecht, ‚Rasse‘/Ethnizität. In: Transit. Europäische Revue, H. 29, S. 72–95.

Knapp, Ulla (1984): Frauenarbeit in Deutschland. München: Minerva-Publ.

Krämer-Badoni, Thomas (2001): Urbanität und gesellschaftliche Integration. In: Bukow, Wolf D.; Nikodem, Claudia; Schulze, Erika; Yildiz, Erol (Hg.): Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 57–81.

Krüger-Potratz, Marianne (2005): Interkulturelle Bildung. Eine Einführung. Münster: Waxmann.

Kuller, Christiane (2004): Familienpolitik im Förderativen Sozialstaat: Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik 1945–1975. Oldenbourg.

Lenz, Ilse (1997): Klassen – Ethnien – Geschlecht. In: Frerichs, Petra; Steinbrücke, Margareta (Hg.): Klasse, Geschlecht, Kultur. Dokumentation eines Workshops anlässlich des 25jährigen Bestehens des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (ISO), S. 63–80.

Nassehi, Armin (2006): Die paradoxe Einheit von Inklusion und Exklusion. Ein systemtheoretischer Blick auf die „Phänomene“. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Ed., S. 46–69.

Nikita Dhawan: Can the Subaltern Speak German? And Other Risky Questions. Migrant Hybridism versus Subalternity. Online verfügbar unter <http://translate.eipcp.net/strands/03/dhawan-strands01en>.

Rommelspacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt/Main: Campus Verl.

Saïd, Edward W. (1978): Orientalism. London: Routledge & Kegan.

Sassen, Saskia (26): Why Migration. In: Report on the Americas, Jg. 1992, H. 1, S. 14–19.

SINUS SOCIOVISION (2007/2008): Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Online verfügbar unter http://www.sinus-sociovision.de/Download/Zentrale_Ergebnisse_16102007.pdf.

St. John Crevecoeur, J. Hector de (1957): Letters from an American Farmer. New York: E.P. Dutton & Co.

Stolleis, Michael (2003): Geschichte des Sozialrechts in Deutschland. Ein Grundriß. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Treibel, Annette (2008): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. 4. Aufl. Weinheim: Juventa-Verl.

Migration

Nr. 28



INFORMATIONSDIENST DER LANDESGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN MIGRANTENVERTRETUNGEN NRW

Kommunalwahlen 2009 LAGA fordert: Mehr Migranten in die Räte

2009 liegen insgesamt rund 70 Millionen mit Migrationshintergrund in die Räte nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden ein. Das war zwar eine Steigerung gegenüber den Kommunalwahlen 1999, doch spiegelt diese Zahl in keiner Weise die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte wider. Für die 2009 anstehenden Kommunalwahlen hat die LAGA-Vorstand im April eine Resolution verabschiedet, die inzwischen in verschiedenen Städten diskutiert wird. Darin zählen die LAGA NRW darauf auf, dass die EU-Bürger in Deutschland das kommunale Wahlrecht haben. Hierzu kommen nationale Wahlrecht haben. Hierzu kommen national die zahlreichen eingetragenen Migranten und Migranten, Personen, die das Wahlrecht erhalten. Zudem ist es ein Stimmentpolenial, nicht möglich, sondern nach LAGA-Auffassung sollte man sie werden. Denn: „Migranten und Migranten sind in gleichen Maße politisch interessiert wie die Mehrheitsbevölkerung. Doch vor machen in der großen Entscheidung, die sich an den Wahlen beteiligen, durch abgelehnt, dass eine aktive Integrationspolitik, bei der Kandidaten und Kandidatinnen aufgestellt werden, die selbst eher in einem Migrationshintergrund verfügen.“ Gleichzeitig werden die kommunalen

Migrationenvertreter aufgeführt, mündig und politisch interessiert, und die Teilnahme an den Wahlen zu werden.

Die Kölner Integrationsrat hat die Resolution bereits übernommen und in seiner Sitzung Anfang Mai einstimmig verabschiedet. Jetzt sollen die demokratischen Parteien sowie die Kommunen im Stadtrat angeschrieben werden, um sie zu überzeugen.

Unter anderem in Bonn, Dortmund und Münster. Der LAGA-Vorstand hat die Resolutionen auf der Tagung der LAGA-Vorstände in der Kampagne zum Kommunalwahlrecht gesammelt. Unterstützung kann über die Internetseite www.mehrrecht.fuer.migranten.de erreicht werden.



Hohe Auszeichnungen für LAGA-Vorstände Landesorden für Tillyn Yökel, Bundesverdienstkreuz für Gertjan Yökel

Gleich zwei Mitglieder der LAGA-Vorstände sind mit hohen Auszeichnungen des Landes NRW bzw. der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. LAGA-Vorstand Tillyn Yökel erhielt im Februar 2008 zusammen mit einer weiteren Bürgerin und Bürgerin des Landes Nordrhein-Westfalen den

Landesorden aus der Hand von Ministerpräsident Tillyn Yökel, Vorsitzende des Migrationsrat der LAGA-Vorstände und seit 2009 Mitglied im LAGA-Vorstand erhielt im Februar 2008 das Bundesverdienstkreuz.

(weiter S. 9)

AUS DEM INHALT:

Interview mit
Integrationsminister
Armin Laschet

Editorial

Ruhr 2010

Zukunft der
Integrationsrat

Staatsbürgerrechts-
recht auf dem
Prüfung

Neuerscheinungen

Impressum

Juni 2008

ERSCHEINT VIERTELJÄHRlich



RECHTS- POPULISMUS IN GESTALT EINER „BÜRGER- BEWEGUNG“

- Struktur und
- politische
- Methodik von
- PRO NRW und
- PRO DEUTSCHLAND

Expertise der Arbeitsstelle
Neonazismus / Forschungsschwerpunkt
Rechtsextremismus und Neonazismus
der Fachhochschule Düsseldorf

Verfasser: Alexander Häusler
Mitarbeiter: Jürgen Peters



Impressum:
Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)
Helmholtzstraße 28,
40215 Düsseldorf

Telefon 0211/99 41 60
Fax 0211/99 41 615

e-mail: info@laga-nrw.de
www.LAGA-NRW.de